

Der Bürgerkrieg von Teltow-Beeskow. Wir haben kürzlich mitgeteilt, daß die Freisinnige Vereinigung im Berliner Wahlkreis Teltow-Beeskow die sessionistische Protestaktion der Reichstagsabgeordneten gegen die vorkommende nationale liberale Kompromißhandlung Hermann-Lubnowski unterstützen wollte. Jetzt veröffentlicht die „Berl. Volkszeitung“ folgenden Beschlus des Vorstandes des Wahlvereins der Liberalen (Freis. Vereinigung):

Der Vorstand des Wahlvereins der Liberalen (Freis. Vereinigung) für den Wahlkreis Teltow-Beeskow erklärt, daß er angesichts der Niederlegung der Kandidatur des Herrn Gädde, angesichts der Entwidlung, welche die Verhandlungen mit der sessionistischen Volkspartei angenommen haben und angesichts der in der Reichstags-Sitzung am 22. März durch Herrn Dr. Müller-Sagan, durch welche er sich mit dem von ihm selbst formulierten Spruch des Einigungsabstufes in Widerspruch gesetzt hat, auf die Aufstellung eigener Kandidaturen verzichtet, daß er aber seinen Mitgliedern und Freunden die Unterstützung der von der sozialliberalen Organisation aufgestellten Kandidaten Herrn Dr. Weisheit-Wilmersdorf und Wilt-Wannsee empfiehlt, von denen er eine energische und uneingeschränkte Unterstützung der wichtigsten Forderung des entschiedenen Liberalismus, der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen erwartet.

In Teltow will also das abgesprengte Fähnlein der Aufrechten den Kampf mit dem alten rühmlichen Parteikämpfer der Volkspartei wagen. Es wäre wünschenswert, daß ein schließliches Bündnis mit der Sozialdemokratie den Kreis in wirklich freie Hände bringt.

„Was unter den Tisch fällt.“ In einem Artikel des „Berliner Tageblatt“ gibt der Reichstagsabgeordnete Heino Voßhoff von der freisinnigen Vereinigung ein Probebeispiel dafür, wie positive sozialdemokratische Arbeit durch die bürgerlichen Parteien verhindert wird. Er schreibt über eine sozialdemokratische Anregung im Reichstag:

Eine Resolution, die auch mit in die Verlesung verschwunden ist, verdient wieder aus Sicht gezogen zu werden, weil sie die Bedeutung hat, die überhaupt zum Punkte „Sozialpolitik“ gestellt wurde. Ich meine die Resolution Nr. 544:

1. Die Arbeit und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Arbeiter zu erlösen, baldigst einen Gelegenheitsverleiher, der alle Arbeits- und Dienstverhältnisse, durch welche sich jemand verpflichtet, einen Teil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirtschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines anderen gegen Lohn zu verwenden, durch rechtsgesetzliche Vorschriften einträglich regelt, die insbesondere:

1. die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit zu regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Beobachtung der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesellschaftliche Gleichberechtigung fordern,
2. die Krankheit-, Unfalls-, Invaliditäts-, Alters-, Arbeitslosen-, Renten- und Altersversicherung ausbauen.

Man versteht nicht, wie bei einer richtigen Würdigung dieser Antrag abgelehnt werden konnte. Denn da die Sozialresolutionen im allgemeinen nicht konkrete Forderungen, sondern allgemeine Wünsche, Richtlinien für die Sozialpolitik enthalten, so hätte eigentlich dieser Antrag einstimmig angenommen werden müssen. Denn er formuliert das Endziel, auf das unsere soziale Gesetzgebung hinarbeiten muß, und auf das auch die Anregungen der Parteien hinwirken, soweit sie überhaupt nicht Demonstrationen zum Stimmenfang, sondern Politik sind.

Voßhoff gibt zu, daß es für die deutsche Sozialpolitik in nächster Zukunft keine wichtigere und bessere Anregung gibt als eine nach dem Muster der Resolution Abrecht und Genossen Nummer 544. Gerade deshalb mag sie der Reichstag abgelehnt haben, hat er doch bisher all die Versprechungen, die bei seiner Geburt gemacht wurden, enttäuscht.

Der Militarismus als Erzieher. Auf dienstliche Veranlassung hat der Oberleutnant Düsterberg ein Heftchen „Für den Mannschafts-Unterricht“ geschrieben, das „Der Infanterist in der Schlacht“ heißt. Er schildert darin, wie der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt wird, die Einberufung zum Kriege und den Verlauf einer Schlacht zu dem pädagogischen Zweck, den Soldaten die Notwendigkeit beizubringen, recht fleißig zu lernen, wie man am meisten Feinde umbringen kann. Das war und ist nun ja auch schon Ende der Zeit des aller Soldatentums, aber früher scheint man doch mildere Mittel angewandt zu haben. Im Jahre 1871 schrieb angeblich ein Kriegsgelehrter nach Hause: „Der Krieg ist halb aus; wir sind nicht mehr die lieben Kinder und Kameraden, sondern wieder Kerls und Schweinehunde.“ Im nächsten Kriege gibt es anscheinend kein Zuckerbrot mehr. Wenn sich die Leute, die zum ersten Mal ins Feuer kommen, unwillkürlich brücken, so erlöset von Seiten der Führer nach Düsterberg, und der muß es ja wissen, ein lautes: „Kerls, Schnauzen aus dem Dreck“, worauf sich das Kanonensputter wieder höher hebt und auf Befehl weiter läuft. Der Verfasser dieses seltsamen Büchleins schildert weiter: „Einige Kerls auf dem linken Flügel werden unruhig. Ein Schuß geht los. Doch ein Donnermetter des vorjüngenden Leutnants bringt die Leute zur Ruhe.“ Leider fehlt mir die bezügliche Ausbildung, um folgende Stelle ganz verstehen zu können: „Sagte auch mancher (der vorwärts führenden Soldaten) den inneren Schweinehund“ mit Gewalt niederzudrücken, das bekannte Kommando, dem man mechanisch folgt, und das Beispiel der Führer drängen alle vorwärts“, nur an einigen Grabenstellen drängen sich „die schlechten Springer und schlappen Kerls“ zusammen. Endlich kommt es zum Handgemein mit aufgepflanztem Seitengewehr. „Die Pfeilspitzen mischen sich mit den Köpftägern. So oder so muß der Kerl vernichtet werden. Brutale Energie ist geboten.“ Das schließt ist noch, daß der diesseitige „Kerl“, der den jenseitigen „Kerl“ umzubringen hat, solche Anleitung von sechzehn Duodezseitigen Umfang auch noch um den verhältnismäßig horrenden Preis von 12 Pf. kaufen soll!

Das Wasser gefallen sind die Fusionsbestrebungen zwischen dem Verband deutscher Handlungsbetriebe (Schweizer Verband) und dem Deutschen Nationalen Verband. Auf der in Leipzig am Sonntag abgehaltenen 26. Generalversammlung des Leipziger Verbandes wurden dem Vorstande wegen seiner überhöhten Verhandlungen mit den Tarifvereinen Gehörig die Vorwürfe gemacht. Man sprach klar aus, daß sich der Verband bei den Verhandlungen vom 26. Januar hätte über den Inhalt des Protokolls einig sein lassen. Schließlich wurde eine vom Vorstand und dem Aufsichtsrat einge-

brachte recht leinlauter Resolution folgenden Inhaltes angenommen:

Die Generalversammlung billigt den Versuch einer sozialpolitischen Verständigung mit dem Deutschen Nationalen Handlungsbetriebsverbande und hofft, auch mit dem anderen kaufmännischen Organisations eine sozialpolitische Verständigung zu erzielen.

Darüber ist von einer Verständigung nicht mehr die Rede. — Angekündigt sind jetzt im Leipziger Verbande 24.000 Handlungsbetriebsorganisierte. Das Gesamtvermögen des Verbandes beläuft sich auf ca. 8.200.000 Mark. Die Generalversammlung nahm eine Erhöhung des Jahresbeitrages von 6 auf 10 Mark an. — Der Dassel soll die Deutschen Nationalen veranlassen haben, die Instanz nachzusuchen, sie haben den größten Teil der Mitgliederbeiträge für Agitationen verschwendet.

Ein Opfer des freisinnigen Radikalismus. Aus Essen wird uns geschrieben: Der Sekretär des Tisch-Dunkerischen Gewerkevereins in Essen, Herr Ja'obs, welcher zur Bartharuppe gehört, ist plötzlich aus seiner Stellung entlassen worden. Ja'obs, der sich seit der Lösung des fortschrittlichen Arbeitertages bei der Zentralkommission in Berlin mißbilligt gemacht hatte, hat um Urlaub wecks Teilnahme am Parteitag der Freisinnigen Vereinigung in Frankfurt a. M. gebeten, und war ihm dieser verweigert worden, während Herr Geseles vom Berliner Zentralbureau am Parteitag teilnehmen durfte. Ja'obs fuhr trotz des Verbots nach Frankfurt und nahm an den Verhandlungen teil. Als Antwort erhielt er keine sofortige Abfertigung, die in einer am Sonntag in Essen stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung des Gewerkevereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter, die seitens des Generalrates einberufen war und zu der Generalsekretär Postmann-Berlin, erschienen war, beschlossen wurde. — Aus dieser Maßregelung geht die Gerechtigkeit mancher Tisch-Dunkerischer Kreise gegen die unabhängigen Bestrebungen in der Freisinnigen Vereinigung deutlich hervor. Ja'obs hatte in Frankfurt eine radikale Rede gehalten, die durch die Urteilsverweigerung vielleicht vermieden werden sollte.

Zentralkommission anerkannte Wahlkreisgeogr. z. z. Die „musterhafte“ Wahlkreiseinteilung zur Landtagswahl wird unter anderem durch ein Erklärblatt des „Amstblattes der Königl. Regierung in Münster“ vom 14. April 1903 treffend illustriert. In einem Wahlkreis ist ein Landtagsabgeordneter, in den übrigen vier Wahlkreisen sind dagegen je zwei Landtagsabgeordnete zu wählen. Im Wahlkreis Tecklenburg entsfällt auf 56.037 Einwohner ein Abgeordneter; im Wahlkreis Vorken-Reddinghausen, einem vorwiegend industriellen Wahlkreis, der bei einer Gesamt-Einwohnerzahl von 127.311 zwei Abgeordnete zu wählen hat, haben daher 163.655 Einwohner nicht mehr politische Rechte als ca. 56.000 Einwohner im Wahlkreis Tecklenburg! Im Wahlkreis Steinfurt-Abauß (125.564 Einwohner) entsfällt auf 62.782 Einwohner ein Abgeordneter, im Wahlkreis Rüdowhausen-Redden-Warendorf (133.546 Einwohner) auf 66.773 Einwohner ein Abgeordneter und im Wahlkreis Münster-Gesche (175.598 Einwohner) auf 87.798 Einwohner ein Abgeordneter. Der industrielle Wahlkreis Vorken-Reddinghausen müßte nach dem Maßstabe von Tecklenburg gemessen, anstatt zweier fünf Abgeordnete wählen!

Das Zentrum aber lehnt eine gerechte Wahlkreiseinteilung entschieden ab, und seine Arbeiteranhänger lassen sich damit entschließen.

Das Vereinsgesetz ist in der Montag Abend ausgegebenen Nummer des „Arbeitshefters“ veröffentlicht worden.

Ein offenes Wort über den Block hat der konservative Landtagsabgeordnete Dr. Vietrin der Hauptversammlung des Wahlvereins der konservativen Parteien für den Wahlkreis Frankfurt-Lebus in Frankfurt a. M. gehalten. Er sagte:

Der Block ist im großen ganzen aus einem Notwendem ein ausgeglichenes Produkt geworden. Es kommt niemandem mehr mehr zugute, als den Konservativen.

Der Redner hob alsdann hervor, der Block werde in der Sozialpolitik rückwärts gehen:

Ein Erfolg der Blockpolitik wird sein, daß jetzt in ruhiger Weise Sozialpolitik betrieben wird und falsche Einrichtungen revidiert werden können.

Der Block habe zur Folge gehabt, daß jetzt die Sozialpolitik „vernünftiger Wege“ eingeschlagen wird. Die Blockpolitik nützt also den Konservativen und wird sie kaum zwingen, einen ihrer wesentlichen Grundzüge aufzugeben.

Dieses offenherzige Wort aus konservativem Munde kennzeichnet die ganze Blockpolitik in einer für die liberalen Blockenthusiasten höchst fatalen Weise.

Das kranke Kind. In Landtagskreisen wird bestimmt angenommen, daß die Wahlrechtsdeputation in ihrer nächsten Sitzung den Regierungsvorschlag ablehnen und eine Resolution fassen wird, die der Regierung Vorwürfe für einen neuen Entwurf macht.

Die deutsche Reformpartei des Herrn Zimmermann bezieht auf ihrem Parteitag in Leipzig: „eine Verfassung anzufordern, die für die Landtagswahlen alle Klassen- und Standesvorrechte beseitigt und gebräunliche Wahl mit Wahlzwang fordert. Alle Einzelheiten (wie Wahlstimmzettel mit 40 Jahren, Proportionalwahl u. dergl.) sind den Parteiorganisationen in den Einzelstaaten überlassen.“ Diese Antisemiten sind also immer noch liberaler als die Nationalliberalen.

Die üblichen Vorzeichen der Maisfeier. Die „Börsliche Zeitung“ meldet aus Koburg: Die königliche Behörde in Neustadt hat mit Rücksicht auf die vorzüglichen Vorleistungen der geplanten sozialdemokratischen Wahlkampagne verboten, welche „Vorwörter“ das sind, ist uns nicht in Erinnerung.

Nach einer Meldung aus Frankfurt a. M. hat das Reichspräsidenten den sozialdemokratischen Maisfest-Umzug aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit untersagt.

Der muß dem hohen Hause erhalten bleiben. In Darlehen-Geldsp. -Stallungen haben die Bündler und Konservativen den bisherigen Abgeordneten des Reiches Obreglob, Preth, als Kandidaten aufgestellt.

In der Frage der Dortmunder Arbeiterkandidatur soll die Lösung der nationalliberalen Partei dem Ausschus der evangelischen Arbeitervereine nun auf einmal offiziell erwidert haben, daß man sehr gern bereit sei, einen Arbeiterkandidaten zu unterstützen; doch müßte dieser vorher aus dem Boden der nationalliberalen Partei stehen. Wahrscheinlich sollen sie jetzt ein paar Durchlaufkandidaturen bekommen.

Die Aufstellung von Arbeiterkandidaturen hatten auch die Christlich-Sozialen den Konservativen empfohlen. Die „Kreuzzeitung“ erwidert darauf treffend, daß ja die Christlich-Sozialen dort, wo sie in der Lage dazu sind, nicht einmal selbst ihren eigenen Rat befolgen. Denn in vielen Fällen so sie ein Kommando mit den Konservativen eingegangen sind. Können sie nicht einen Arbeiter, sondern den H. Nummer aufgestellt. Spöttisch meint die „Kreuzzeitung“, die Konservativen „würden auch ebenso gern einen christlich-sozialen Arbeiter akzeptiert haben; aber es ist ihnen keine Vorsetzungen worden.“ So werden die kommenden Wahlenlein aus Arbeiterkreisen, ob katholisch oder evangelisch, gleichartig sein.

Die Ratifikationsbeiträge. Dem Reichstag ist eine Verordnung der nach dem Reichshaushaltungsplan für 1903 zur Deckung der Gehaltsansprüche der öffentlichen Dienst auszuführenden Ratifikationsbeiträge zugegangen. Danach sind in der am 1. d. M. erdientlich 313.136.025 Mk., im Etat für 1907 sind angesetzt 290.593.225 Mk., wovon sind von dem einzelnen Bundesstaaten für 1903 mehr für das Reich anzubringen 27.537.803 Mk.

Gardensprozesse. Das Reichsgericht hat den Termin über die von Augustin Gardens gegen das Urteil der Strafkammer des Landgerichts Berlin ergriffene Revision auf den 22. Mai, 9 Uhr

festgesetzt. Die Revisionsverhandlung findet vor dem zweiten Straf- senat des Reichsgerichts statt.

Im Münchener Gardensprozess hat nunmehr auch der Kläger Gardens Berufung eingelegt.

Sozialdemokratische Landtagskandidaturen. Die Sozialdemokraten stellen in den Wahlkreisen (essentlichen den Vorstehenden des alten Bergarbeiterverbandes Reichstagsabgeordneten Sasse, für Ostingen-Witten den Redakteur Wegler und für Bochum den Sekretär Kusmann auf. Im Wahlkreis Prorogatum Laurenburg kandidiert für unsere Partei der Arbeitersekretär Pelsche, für die Konservativen der bisherige freikonserervative Vertreter Wentur.

Berichtigung. In unserem gestrigen Artikel wird gesagt, daß die Stadt Berlin jetzt 13 Wahlkreise mit je 4 Abgeordneten bilde. Richtig ist es beßer: 12 Wahlkreise mit je einem Abgeordneten. Der Druckfehlerentfessel hatte die Wahlkreiseinteilung gezeichnet gemacht, als sie es in Wirklichkeit ist.

Ausland.

Die österreichischen Herrenhäuser gegen den freimittler Professor. Im Einlaß des Herrenhauses befindet sich eine Interpellation des Grafen Lhu von namens der Rechten, in der auf die gerichtliche Erkenntnis über die Wahnmundbrochüre hingewiesen wird, die feststellt, daß eine Verpostung und Herabwürdigung der katholischen Kirche beabsichtigt war, weshalb die Interpellanten zu der Überzeugung gelangten, daß Wahnmund als Professor des Kirchenrechts nicht auf seinem Platze stehe. Die Interpellanten verlangen von der Regierung Verfügungen, die ihrer Überzeugung und ihrem Gewissen Rechnung tragen. Wobringenfalls müßten sie bei der Abstimmung über das Budget die unvermeidlichen Konsequenzen ziehen.

Ja, wenn es einmal nicht nach dem Willen der hohen Herren geht, dann sind diese bereit, durch Budgetverweigerung die ganze Regierung auseinanderzutreiben. Wie erbärmlich schmachlich stehen demgegenüber unsere Freisinnigen da.

Die österreichische Frauenkonferenz, die während der Osterferien in Wien stattfand, war die dritte, welche die sozialistischen Frauen abhielten. Die letzte hatte vor 4 1/2 Jahren stattgefunden. Bis dahin im Jahre 1903 war aber nur eine gewerkschaftliche Frauenbewegung vorhanden und auch die war nicht sehr stark. Es waren damals 11.000, heute sind 48.000 gewerkschaftlich organisiert. In den letzten Jahren aber haben sich die Frauen immer mehr und mehr politisch betätigt; an allen Kampfen, Protesten, Demonstrationen der politischen Arbeiterbewegung haben sie Anteil genommen. Vor allem haben sie auch im Wahlrechtskampf ihre volle Pflicht getan. Flugblätter verbreitet, Hausagitation betrieben usw. Am Ende der 87 haben sie ihr rechtlich Teil mitgeholfen. Insgesamt sind jetzt 4175 Arbeiterinnen politisch organisiert, die meisten erst seit Herbst 1907, seit welcher Zeit man ernstlich mit der Gründung von Ortsgruppen begann.

Die Konferenz war von 93 Mitglieder besucht, davon 31 aus der Provinz. Der Abgeordnete Bernerhoffler begrüßte die Frauen im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des Abgeordnetenbaus, Abgeordneter Krumm überbrachte Grüße der sozialdemokratischen Parteimitglieder, während die deutschen Sozialdemokraten die Genossin Pektin ermahnten. Die Begrüßungsrede der Frau Pektin wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Den wichtigsten Beratungspunkt bildete das neue Organisationsstatut, welches die Genossin Albelheid Popp begründete. Danach sollen überall weibliche Vertrauenspersonen ernannt werden, welche die Pflicht haben, für die politische Organisierung der Frauen zu wirken. Die freien politischen Organisationen der Frauen sollen, das wird ausdrücklich hervorgehoben, keinen Erfolg bilden für die gewerkschaftlichen Organisationen. Die Arbeiterinnen-Zeitung wird obligatorisch eingeführt. Die Vertrauenspersonen haben im Einverständnis mit den männlichen Funktionären zu wirken. Durch Abhaltung von Kreis- und Landeskonferenzen soll die Agitation unterstützt werden. In der Spitze steht ein Frauen-Komitee von 10.000 Mitglieder, das seinen Sitz in Wien hat. Neben dem Frauen-Wahlrecht referierte Theres Schloßinger. Es wurde beschlossen, auch ferner eine energische Propaganda zu entfalten für die Erringung des Frauenstimmrechts, namentlich soll dies auch am 1. Mai geschehen. Im Anschluß an die vorzüglichen Referate der Frau Popp und Emma Freundlich über die sozialpolitischen Forderungen der Frauen an die Gesetzgebung wurden Anträge bezüglich des Arbeiterinnenstimmrechts und des Wählerinnenstimmrechts wiederholt. Damit schloß der Kongress seine Arbeiten.

Sacke wie Jose. 46.592 Webertritte von der katholischen zur evangelischen Konfession sind in Österreich seit der Konvention-Konvention erfolgt. Dem stehen an Austritten gegenüber 826 aus der evangelisch-lutherischen, 361 aus der evangelisch-reformierten Kirche, zusammen 1187 Personen. Solche Webertritte sind natürlich wertlos, weil sich die Konvertiten aus einer Selbstabhängigkeit in die andere begeben.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Nach den bisher bekannten Ergebnissen der Kantonsratswahlen haben die Sozialdemokraten vier Sitze gewonnen, einen verloren. Die gewonnenen Sitze waren bisher demokratisch. Im übrigen ist die Zusammensetzung des Kantonsrates unverändert geblieben. Das Züricher Streitgesetz wurde mit 49.412 Stimmen gegen 33.923, das Hochschulgesetz mit 37.203 gegen 23.832 Stimmen angenommen.

Die Maisfeier in Frankreich. Die Arbeiterorganisationen treffen große Vorbereitungen für die Maisfeier des ersten Mal. Die verschiedenen Gruppen haben beschlossen, öffentliche Kundgebungen zu veranstalten. Um die Polizei irre zu führen, werden gleichzeitig in verschiedenen Teilen der Stadt Umzüge stattfinden. An amtlicher Stelle beabsichtigt man keinerlei ernsthaftige Zwischenfälle.

Die Wahlrechtsdemonstrationen in Oesterreich-Schlesien. Die sozialdemokratische Partei veranstaltete am letzten Sonntag in allen größeren Orten Schlesien Demonstrationssammlungen zugunsten der Wahlrechte für den schlesischen Landtag. Sämtliche Versammlungen, die zum Teil unter freiem Himmel tagten, wiesen einen Massenbezug auf. Die Teilnehmer an dem Meeting in Karwin, etwa 10.000 Personen aus allen Teilen des Karwiner Kreises, brachen sich Nachmittags nach Schluß der Versammlung in einem Demonstrationsumzug zum Schloß des Landeshauptmanns Grafen Parich und brachen dort in stürmische Reue aus. Nachdem die Genossen Singer und Regar kurze Ansprachen gehalten hatten, gingen die Massen wieder auseinander. Graf Parich war zur Zeit der Demonstration nicht anwesend.

Kleine Auslandsnachrichten.

Anlässlich der Ablegung des Treueides vor den Cortes wird König Manuel von Portugal eine allgemeine Amnestie für politische Verbrechen erlassen. In diese Amnestie werden alle bis zum 31. Januar abgeurteilten Personen einbezogen sein mit alleiniger Ausnahme der am Königsmord Beteiligten. — Infolge einer anonymen Anzeige beschuldigte die Polizei bei dem bulgarischen Waffenhändler Tschetkiew in Sofia 13.500 Rubel in 500- und 100-Rubelstücken, welche von dem Diebstahl in der Lissabener Bank herzurühren schienen. Entschuldigend geltend, angeklagt die Summe von russischen Revolutionären erhalten zu haben, dessen er für 20.000 Rubel Bomben und Explosivstoffe geliefert hat.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. April.

Der Postillon von Conjean... Abolf Adams komische Oper...

Aus dem Baugewerbe... Der Baumeister Geisheim hatte eine Buzerfollone...

Elektrische Straßenbahn Grabischer... In der an anderer Stelle beschriebenen Sitzung...

Hilfe bei Unglücksfällen... Im Hospitalischen Garten ist vom Samariter-Bund...

Die Kinderkrippe am Wäldchen... In der seit Oktober 1906 bestehenden Kinderkrippe...

Blumenpflege in der Schule... Zum Zwecke der Blumenpflege durch Schulkinder...

Einkommen- und Ergänzungssteuer im Regierungsbezirk Breslau... Die diesjährige Einkommen- und Ergänzungssteuer...

Polizei-Verordnung... Mit Zustimmung der Stadtbehörde ist für den Stadtbezirk Breslau...

Gesperre Straße... Die Paulinenstraße ist für Fußwerk und Reiter bis 9. Mai gesperrt.

Stuttature! In einer Anzahl gutbesuchten Versammlung wurde der einstimmige Beschluss gefasst...

Achtung! Steinseker, Hammer und Hilfsarbeiter... Am 1. Mai, früh 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshause...

Freie Turnerschaft... In der morgen, Donnerstag, den 30. April, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause...

Stadt-Theater... Als dritte Vorstellung im „Wagner-Rollus“ gelangt heute Mittwoch „Lohengrin“ zur Aufführung...

Lobe-Theater... Heute Mittwoch wird Oscar Straus' Operette „Ein Walzertraum“ in der bekannten Besetzung wiederholt...

Schauspielhaus... Heute Mittwoch findet die Aufführung von Heubergers Operette „Der Opernball“ statt...

Zirkus Busch... Wir erhalten folgende Zuschrift: Heute Mittwoch zum ersten Mal in Szene gehende Pantomime „Auf der Sackgasse“...

Lieblich's Etablissement... Heute Mittwoch, den 29. April tritt Otto Reutter zum vierten Male auf...

Am 1. Mai nimmt eine internationale Ringlamp-Konkurrenz... zu der bedeutende Kräfte verpflichtet sind...

Verhaftung eines Sittlichkeitsverbrechers... Ein langjähriger Sittlichkeitsverbrecher ist am Dienstag festgenommen worden...

Sittlichkeitsverbrechen... Auf der Neuen Taschenstraße lodierte ein Arbeiter 3 Schulknaben...

Selbstmordversuch... Geheuerwünsris trieb einen Handelsmann von der 31. Schützenstraße...

Schlechte Kollegen... Am 25. d. M. überfielen auf der Neuen Laugengasse zwei Maschinenpuger...

Die gesicherte Existenz... Im städtischen Arbeitsnachweis wurden im März von den sich bewerbenden 1496 Männern...

Wer hat den Ring?... Betreffs des kürzlich gemeldeten Diebstahls auf der Zwingerstraße...

Unterhaltungen... Ein Kaufmann auf der Laugengasse wurde mit einem Kuderwagen fortgeführt...

Schicksalschädigung... Ihren Abscheu gegen veraltete Beleuchtung drückten in der Nacht zum 26. d. Mts. fünf junge Leute...

Verhaftung... Der Weimarer Herrschaft erhielt led. Konjunktionsfälle zur Anfertigung, lieferte sie aber nicht ab...

Selbstmord... In der Nacht zum 26. d. Mts. fünf junge Leute drückten ihre Abscheu gegen veraltete Beleuchtung...

Verhaftung... Der Weimarer Herrschaft erhielt led. Konjunktionsfälle zur Anfertigung, lieferte sie aber nicht ab...

500 Mark Besorgung... hat das Landgericht zu Pöngsbach 1. Pr. auf die Ermittlung eines Karl Scheller...

Einbruch... Dem verstorbenen Wäldchen eine Rittergutsbesitzerin auf der Zietenstraße...

Unruhig alarmiert... wurde die Feuerwehr wieder am 27. d. M. nach der Zwingerstraße...

Die Sportfreunde... Eilich die Sporthalle im Wäldchen des Scheitiger Parks...

Verlust... wurde am 28. d. Mts. ein Handelsmann aus Berlin, der zwei hiesigen Barbieren...

Verloren... eine Brieftasche enthaltend zwei Reichsbanknoten à 100 Mark...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Verloren... 1 goldener Damenring mit Opalen und fünf Perlen, 1 Portemonnaie mit Inhalt...

Neueste Nachrichten.

Die Einigung im Baugewerbe.

Berlin, 29. April. Nach Meldungen bürgerlicher Blätter hat der Zentralverband der Maurer Deutschlands den Schiedspruch der Unparteilichen angenommen...

Neue Nahrungsmittelsteuern.

München, 29. April. (S. L.-B.) Finanzminister v. Pfaff gab die Erklärung ab: Bayern werde der Einführung einer direkten Einkommensteuer seine Zustimmung nicht erteilen...

Verboten des 1. Mai.

Magdeburg, 28. April. Die Polizei verbietet den Anschlag eines sozialdemokratischen Manifests an den Säulen nach § 9 des Preßgesetzes.

Landarbeiterstreik in Italien.

Milano, 29. April. (S. L.-B.) Da die Liga der Grundbesitzer zahlreiche Arbeiter angeheuert hat, hat sich die Situation bedeutend verschlimmert...

Das Auto.

Gayau, 28. April. Ein Automobilunfall ereignete sich am Sonntag Nachmittag auf der Chaussee von Jellendorf nach Gassenhof...

Wien, 27. April. (S. L.-B.) Nach dem gestrigen Ministerrat verhandelte in parlamentarischen Kreisen, daß die deutschen Minister erklärten...

Troppau, 29. April. (S. L.-B.) Auf der Eisenbahnfahrt nach Mühlisch-Witzsch hat die Kellnerin Polonski im Wagena-bteil ihren Kränzigem...

Paris, 29. April. (S. L.-B.) Die Arbeitersyndikate des Departements der Seine beschließen, die Maifeyer durch Arbeitersitzungen zu begeben...

Moskau, 29. April. (S. L.-B.) Das Befinden des Grafen Tolstoi ist höchst bedenklich. Der Graf hat am 25. d. M. einen schweren Ohnmachtsanfall erlitten...

Nam, 29. April. (S. L.-B.) In Paris hielten gestern vierhundert ausländische Hafenarbeiter eine Versammlung ab und beschließen, Maßnahmen gegen die arbeitswilligen Kanaraden zu treffen...

Briefkasten.

Eprechunden der Redaktion: Wochenlohn von 12-1 Uhr Mittags. Wäsch, Striegau, Eugen Stmanowsky, Berlin SO. 16. Ende-März 15.

Verantwortl. Redaktor: Gustav Wolff. - Redaktion und Geschäftsverwalter: Dr. med. Carl Schell. - Druck von Th. Schell. - Berlin, den 29. April 1908. - Jahrgang 2. Blatt 15.

Donnerstag,
Freitag,
Sonnabend,

GEBR. BARASCH

d. 30. April.
d. 1. Mai.
d. 2. Mai.

2. Angebot

Sowohl Vorrat.

unseres

Sowohl Vorrat.

Massen-Verkaufs.

Pa. Rindfleisch Pfund 72, **68** ♯
Kassler Rippenspeer Pfd. **78** ♯

Neu eingeführt!
Palmbutter 58 ♯
m. Prämienschwein (bestes Koch-,
Back- und Bratfett) . . . Pfund

Rotwurst Pfund	48 <small>♯</small>
Zwiebelleberwurst Pfund	58 <small>♯</small>
Knoblauchwurst 1. Sorte . . . Pfund	65 <small>♯</small>
Bratenschmalz Pfund	65 <small>♯</small>
Speck fett und mager . . . 1/4 Pfund	22 <small>♯</small>
Braunsch. Mettwurst 1/4 Pfund	28 <small>♯</small>
<hr/>	
Zitronen, 1/2 Dutzend	18 <small>♯</small>
Apfelsinen, 1/2 Dutzend	24 <small>♯</small>
Kaiserauszugsmehl, 5 Pfd.-Säckchen	92 <small>♯</small>
Schneeflocke, 5 Pfd.-Säckchen	98 <small>♯</small>
Bienenhonig 1/2 Glas	75 <small>♯</small>
Backobst Pfund	24 <small>♯</small>
Nudeln Pfund	26 <small>♯</small>
Pflaumenmus Pfund	24 <small>♯</small>
Gem. Marmelade Pfund	24 <small>♯</small>
Ringäpfel Pfund	52 <small>♯</small>
Haushalt-Schokolade Tafel	13 <small>♯</small>
Bruch-Schokolade, garantiert rein, 1 Pfund	75 <small>♯</small>

	2 Pfd.	1 Pfd.
Stangenspargel, extra stark . . .	150	78
Stangenspargel, stark	130	68
Stangenspargel	108	58
Brechspargel, stark, mit Köpfen	108	62
Brechspargel, ohne Köpfe	58	35
Erbsen, mittelfein	54	33
Gemüse-Erbsen	39	26
Schnittbohnen	28	20
Karotten, gewürfelt	28	20
Steinpilz Suppe	48	33
Kirschen, rot mit Stein	66	—
Pflaumen in Essig und Zucker . .	58	34
Apfelmus	68	39
Reineclauden	78	—
Weichselkirschen ohne Stein . .	95	58
Pflirsiche	115	65
Aprikosen, 1/2 Fracht	118	68
Ananas Glas	35	85
Obermosel Flasche	58	<small>♯</small>
Estephe Flasche	58	<small>♯</small>
Ungar, herb und süß 1/2 Liter	68	<small>♯</small>
Ungar, herb und süß 1/4 Liter	98	<small>♯</small>
Bimbeersaft Flasche	42	<small>♯</small>

Limburger 1/4 Pfd.	14 <small>♯</small>
Münchener 1/4 Pfund	17 <small>♯</small>
Tilsiter 1/4 Pfund	20 <small>♯</small>
Schweizer 1/4 Pfund	24 <small>♯</small>
Harzer 5 Stück	10 <small>♯</small>
Olmützer 10 Stück	10 <small>♯</small>
Neunaugen Stück	12 <small>♯</small>
Bratheringe Dose	45 <small>♯</small>
Appetit Sild Dose 43	22 <small>♯</small>
Krabben Dose 62 — 35	22 <small>♯</small>
Krabben lose 1/4 Pfund	18 <small>♯</small>
Hummern 1/4 Dose 2.48 , 1/2 Dose	1.42 <small>♯</small>
Lachs in Gelee extra billig, Dose	68 <small>♯</small>
Lachs, geräuchert 1/4 Pfund	28 <small>♯</small>
Bücklinge 3 Stück	10 <small>♯</small>
Matjes-Feringe g. Stück	10 <small>♯</small>
Sardinen in Oel Dose	38 <small>♯</small>
Rollheringe Stück	6 <small>♯</small>

6 Stück Renaissance-Kerzen **42** ♯
in verschiedenen Farben mit Gold-Decort
1 Flasche Bag-Rum od. Franzbranntwein **35** ♯
1 Flasche Bartwasser (Cavalier) **38** ♯
1 Staub- und 1 Frisierkamm **28** ♯
1 Flasche Eau de Cologne **25** ♯
1 Pack Bleichsoda od. Rollenblau **6** ♯
Oranienburger Kernseife, **18** ♯
Grosser Steg Steg

Nähkasten mit Goldpressung, gefällt **42** ♯
Marktasche (Wachstuch) mit umgehendem
Lederhenkel **42** ♯
Aktienmappe (schw. Wachstuch) **85** ♯
eleg. Handtasche mit Kette **42** ♯
eleg. Perltasche **85** ♯
Frühstückstasche zum Umhängen **42** ♯
Rucksack für Kinder **48** ♯
Musikmappe **42** ♯

1 Posten
reinsidene Bänder 38 ♯
10 1/2 — 13 cm breit,
in Chiné, Streifen, rot,
a Meter **68, 48,**

1 Posten
ungar. Damenhüte, 68 ♯
neueste Formen und Farben,
Stück **95,**

Neuester Garnier-Artikel
„Stroh-Pompon“ 75 ♯
in neuesten Farben, recht voll,
Stück

Zur Einführung.

Im Erfrischungsraum — Gratis-Ausschank

Prof. Dr. Friedrich v. Eschsch

Zur Einführung.

Alkoholfreies

Tafelgetränk

(Tafelgetränk



St. Maj. d. Deutschen Kaisers)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. April.

Geschichtskalender.

30. April.

- 1777 R. F. Gauß, Mathematiker und Astronom in Braunschweig.
- 1790 Com Heintze, Begründer des deutschen Laubhüttenwesens in Leipzig.
- 1833 Fr. v. Defregger, Genremaler in Stronach (Bavaria).
- 1848 Georg Herwegh, Freiheitskämpfer nach der Schweiz.
- 1899 Ludwig Büchner, naturwissenschaftlicher Schriftsteller in Darmstadt.

Achtung, Genossen im Landkreis.

Nur folgende drei Tage:

Donnerstag, den 30. April, sowie Freitag, den 1. Mai und Sonnabend, den 2. Mai

liegen im Landkreis die Urwählerlisten zum Einsehen bei den Gemeindevorstehern aus. Auch in vielen Provinzorten liegen sie in der Zeit aus. Die Genossen tun gut, sich genau zu informieren, an welchen Tagen die Listen ausliegen, damit sie nicht ihr Wahlrecht verlieren.

Maifester im Breslauer Landkreis.

Am 1. Mai, Abends 8 Uhr, finden 7 öffentliche Volksversammlungen in folgenden Orten und Lokalen statt:

- Pöpelwitz bei Sperling (früher Weiße), Pöpelwitzstraße.
- Gerbain bei Neugebauer, Gerbainstraße 100.
- Klein-Gandau bei Philipp.
- Gräbichen bei Fildner.
- Klettendorf bei Thamm.
- Schönau bei Happe.
- Schwitz bei Gottwald.

Sonntag, den 3. Mai, Nachmittags von 3 Uhr an, treffen sich die Genossen aus Stadt und Land bei Sperling (früher Weiße) in Pöpelwitz und Thamm in Klettendorf mit Familie zu den gemeinsamen Volksfesten, bestehend in Konzert, Kinderbelustigung und Tanz unter Mitwirkung der Arbeiter-Sänger und Turner. Eintrittskarten à 20 Pf. für beide Lokale gültig bei den Distriktsführern des Landkreises, im Parteisekretariat und an der Kasse.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß auf den Eintrittskarten irtümlich das Lokal von Philipp in Klein-Gandau angegeben ist. Die Karten waren schon fertig, als Herr Philipp sein Lokal zum Maifest zurückzog und dieses daher zu Sperling in Pöpelwitz verlegt werden mußte.

Zahlreichen Besuch bei allen Veranstaltungen erwartet. Der Vorstand.

Die Verstädtlichung der Gräbichener Elektrischen Straßenbahn

war das schon angekündigte Thema der Verhandlungen in der Aktionärsversammlung der Straßenbahn. Die Vorgeschichte des Aktionärs-Versammlungsberichts gibt ein neues Beispiel für den Lokalpatriotismus der Kapitalisten, deren persönliches Interesse mit den Interessen der Stadt kollidiert. Unverschämtheit in den Forderungen, Kuppelarbeit in der Zone, das ist die Grundtendenz einer echten Aktionärsrede, und der Herr Oberbürgermeister stellt zur Stunde vielleicht stille Betrachtungen an über den „guten Ton“ bei den sogenannten Gebildeten und bei den notorisch ungebildeten Mitbürgern.

Insgesamt waren etwa 25 Aktionäre versammelt, die 1.458.000 Mark Aktienkapital vertreten und unter denen wir auch den notleidenden Mittelstandsmann, Stadtv. Jeron, ferner als Aufsichtsratsmitglied Herrn Stadtv. Feige erblickten. Beide Herren werden sich in dieser Situation, als Inhaber eines städtischen Ehrenamtes auf der einen Seite, und Inhaber von Gräbichener Aktien auf der anderen, sicher etwas peinlich vornehmen. Nachdem man sich 6% Dividende bewilligt, kam die Erörterung des Verstädtlichungsthemas an die Reihe.

Aktionär Oppenheim spricht zunächst zu diesem Gegenstand, der das größte Interesse beansprucht. Als er das Gebot des Magistrats, die Bahn zu 115 Prozent zu übernehmen, gelesen, habe er geglaubt, ein Späßchen hätte sich einen Witz geleistet. Es habe sich aber herausgestellt, daß der Magistrat wirklich ein solches Gebot gemacht habe. Dieses Gebot sei lächerlich niedrig und entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Der Magistrat müsse angenommen haben, daß die Aktionäre mit

Blindheit geschlagen seien. Wenn der Magistrat darauf hinweist, daß nach 15 Jahren gemäß § 27 des Vertrages die Bahngesellschaft herausgerissen werden müßten, so wolle er damit nur Bange machen. Uebrigens habe doch der Magistrat im Jahre 1900 schriftlich erklärt, daß er die Bahn nach dem seinerzeitigen Werte übernehmen werde. Mit der Drohung des Herausnehmens der Aktien 1923 sei es also nicht. Es fehle ihm der parlamentarische Ausdruck, dieses Verfahren des Magistrats zu kennzeichnen. Der gegenwärtige niedrige Kurs der Aktien sei eine Folge der Finanzkrise. Das Angebot von 115 Prozent sei gar nicht diskutierbar, wenn der Magistrat 150 Prozent geboten hätte, so hätte sich darüber eher reden lassen. Die Städtische Bahn sei, allein stehend, nicht lebensfähig und kann nur in Verbindung mit unserer Bahn rentabel werden. Die Stadt habe ein größeres Interesse an unserem Unternehmen, als wir an dem Verkauf. Die Gesellschaft habe in den letzten beiden Jahren 6 Prozent verteilt und dabei noch starke Rücklagen gemacht. Es hätten höhere Dividenden verteilt werden können und dadurch würde sich der Kurs gehoben haben. Das Unternehmen habe in Grundstücken und Gebäuden 2 1/2 Millionen Mark investiert. Inzwischen sei der Wert der Grundstücke gestiegen und werde bis zum Ende der Konzeption noch wesentlich steigen, zumal wenn Gräbichen einmündig wird. Dann müsse die Stadt das Unternehmen zum Taxwert, nicht zum Buchwert, übernehmen. Humoristisch mütete ihn die Drohung eines Herausnehmens der Aktien an. Eine Stimme der Entrüstung würde sich erheben, wenn damit der Verkehr eingestellt werden müßte. Wenn seinerzeit die Städtische Bahn unter dem Hinweis des öffentlichen Interesses gebaut worden sei, so liege auch die Erhaltung unserer Bahn im öffentlichen Interesse. Wollte der Magistrat auf angemessener Preisbasis — etwa 150 Prozent — verhandeln, dann würden wir in Verhandlungen eintreten.

So die „maßvollen“ und „wohlwollenden“ Ausführungen des Wortführers der Aktionäre nach dem Bericht der „Breslauer Zeitung“. Der Magistrat hat das Angebot von 140 Prozent schon für unannehmbar erklärt, aber was macht das, frech muß man sein, fordern wir 150! Eine mehr vermittelnde Rolle sucht das

Aufsichtsratsmitglied Justizrat Feige zu spielen. Er teilte aber auch mit, daß ein Schreiben des Magistrats vom 3. September 1907 vorliege, worin mitgeteilt wird, daß er unter Zustimmung der Stadtverordneten beschließen habe, bei Ablauf der mit der Bahn abgeschlossenen Verträge oder dem früheren Erlöschen derselben den Vorbehalt, betreffend das Herausnehmen der Aktien, abzulehnen und die Anlagen zum Taxwert zu übernehmen. Er sei übrigens auch der Ansicht, daß der Magistrat niemals als von einem solchen Rechte Gebrauch machen würde, da ja hierdurch eine auf ein Jahr zu datierende Unterbrechung des Verkehrs eintreten würde, was nicht im Interesse der Bürgerschaft liege. Die Verwaltung sei der Meinung, daß man nicht so weit gehen könne, wie Herr Oppenheim wünschte. Die Gesellschaft sei auf die friedliche, wohlmeinende Mitwirkung der Stadt angewiesen. Die Verwaltung habe andererseits die Interessen der Aktionäre zu verwalten. Wenn die Stadt zu einem besonders billigen Preise die Bahn erwerben wollte, so könne man ihren Vertretern heraus seinen Vorwurf machen. Unser Recht und unsere Pflicht sei es, die Interessen der Aktionäre wahrzunehmen.

Das hat Herr Feige ja durch Hervorhebung der obigen Umstände und seine Prophezeiungen getan. Wie er gleichzeitig trotz des Interesses der Stadt wahrnehmen, was ja auch sein Recht und seine Pflicht als Stadtverordneter sein müßte, ist uns nach einigermaßen schleierhaft. Aus der weiteren Debatte teilen wir noch mit:

Herr Oppenheim ist der Ansicht, ebenso wie der Magistrat durch seine Drohungen die Aktionäre ängstlich mache und dadurch den Kurs der Aktien ungünstig beeinflusse, müsse man scharf auf die Vorteile hinweisen, welche die Stadt bei Übernahme der Bahn habe. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht, habe man vom Magistrat kein Entgegenkommen zu erwarten, wie der letzte Vertrag bezüglich der Unternach Kostreife beweise. Uebrigens sei der jetzige Zeitpunkt zum Verkauf für die Gesellschaft durchaus kein ungünstiger. Der Magistrat plane den Bau neuer Linien, wobei er Konzeptionen untererlei habe müssen.

Ein anderer Aktionär (der Name wird nicht genannt) führte aus, daß der Vorstand richtig gehandelt habe, wenn er zunächst das Gebot der Stadt abgelehnt habe. Im weiteren bemängelte Redner das zu späte Ausfahren der Wagen am Morgen.

Justizrat Feige bemerkte noch, daß die Verwaltung in weiteren Verhandlungen eintreten und im Falle einer angemessenen Offerte eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werde. Den Preis, zu welchem nach Ansicht der Verwaltung die Bahn zu verkaufen sein dürfte, möchte er heute noch nicht nennen.

Kaufmann Paul Oppenheim sprach seine Ueberzeugung darüber aus, daß die Verwaltung ohne Fühlung mit den Aktionären auch schon einen Preis nominiert habe, den man nun nicht erfahren solle.

Justizrat Feige bemerkte, eine Forderung von 150 Prozent würde ihm nicht zu hoch scheinen. Die meisten Besitzer von Aktien hätten über 115 bezahlt, und meist seien das Breslauer Bürger.

Der Vorsitzende Kommerzienrat Dr. Seimann führte noch aus, daß die Verwaltung jedenfalls bestrebt sein werde

einen möglichst guten Preis zu erzielen und daß doch schließlich die Generalversammlung selbst das letzte Wort habe.

Es wird einträchtiglich mit dafür sorgen, daß der Stadt ihre beabsichtigte Verstädtlichung teuer genug zu stehen kommt. Wahrscheinlich aber werden nach dieser Kundgebung hungriger Seelen die Verhandlungen vorläufig am Schluß angelangt sein. Es ist wohl kaum der Beruf der Stadt, diesen Herren die Taschen zu füllen.

* **Einen Heiterkeitserfolg, der jedenfalls keine Wirkung auf den Herrn Landrat auch nicht verfehlen wird, bereitet uns die Schönborner Gemeinde-Vertreter.** Bei Eröffnung des Wahllattes zu den Gemeinde-Verordneten-Wahlen legte der Lehrer ein Vollmachtsformular des Herrn von Gossow vor, um für diesen die Stimme abzugeben. Unser sofort dagegen eingelegter Protest wurde ohne jegliche Begründung abgewiesen. Da der Gutsherr in Schönborn wohnt, und direkter Nachbar des Grundstücks ist, in dem sich das Wahllokal befindet, erhoben wir von neuem Protest an die Gemeinde-Vertretung, unter Berufung auf die §§ 46 und 61 der L.-G.-O. Für uns handelt es sich im wesentlichen darum, eine Probe aufs Exempel zu machen, nach der wir dann bei allen kommenden Wahlen auch so handeln, und nur einen Mann mit Vollmachten verfehlen würden, um für uns die Stimme abzugeben. Auf diesen erneuten Protest erhielten wir folgende Antwort zurück, die wir zur Beurteilung der geistigen Fähigkeiten der Gemeinde-Gewaltigen mitteilen:

Schönborn, den 10. April 1908.

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, Ihren Einspruch vom 2. d. M. gegen die Gültigkeit der von der 1. Klasse vorgenommenen Erbschaftswahl zur Gemeindevertretung als unzulässig zurückzuweisen. Nach § 46 Abs. 2 der Landgemeinde-Ordnung können auswärts wohnende Stimmberechtigte entweder das Stimmrecht persönlich ausüben oder sich durch männliche Gemeindeglieder vertreten lassen.

Da Herr von Gossow seinen Wohnsitz außerhalb des Gemeindebezirks hat, war er demnach wohl berechtigt, sich bei der Wahl durch den Lehrer Gregorek vertreten zu lassen.

Der Gemeinde-Vorstand.
Ueberhid. Gußmann. Gasse.

Beim Durchlesen dieses Schriftstückes vergrößerten sich allmählich unsere Augen, und unwillkürlich mußten wir zum Fenster hinausschauen, ob wir uns noch in Schönborn oder schon wo anders befänden. Im § 46, Abs. 2, der hier besonders hervorgehoben wird, steht ausdrücklich: „Die Frauen werden durch ihren Ehemann vertreten.“ Deshalb wurde also unser Protest abgewiesen, weil sich die Ehefrau von Gossow durch den Ehemann, Lehrer Gregorek, vertreten ließ! Bis zur Entscheidung durch den Landrat müssen wir es glauben, denn der Gemeinde-Vorstand und beide Schöffen bekräftigten dies durch ihre Namens-Unterschrift. Durch die teilweise Unkenntnis der Landgemeinde-Ordnung seitens der Gemeinde-Vertreter müssen wir erst immer die Hilfe des Landrats anrufen, so auch zur Auslegung der Wählerlisten. Ein Vertreter, der sogar in der zweiten Klasse wiedergewählt wurde, somit mindestens die Wahlregeln kennen sollte, leistete sich zu unserem Gaudium die Anfrage, ob Zettel- oder öffentliche Wahl sei. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß Herr v. Gossow außerhalb des Gemeinde-Bezirks wohnt. Jeder einzelne wird im Kreisblatt vom 18. d. Mts. lesen können, daß der Wahlvorsteher für die Landtagswahlen Herr von Gossow in Schönborn ist. Deshalb werden wir die Handlungen unserer Gegner noch oft scharf kritisieren.

* **Teils entrüstet, teils neugierig** ist die „Freis. Ztg.“ über die Ansetzung von Terminwahlen in Breslau. Sie schreibt:

In der Form der Terminwahlen findet die Wahlmännerwahl in der Stadt Breslau laut Erlass des Ministers des Innern statt. Die Wahlrunde ist vom Magistrat auf Nachmittags 1 Uhr angesetzt worden. Es ist doch sonderbar, daß der unpraktische Modus der Terminwahlen, der nach der Wahlrechtsnovelle im allgemeinen für die Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern beibehalten sein soll, in der zweitgrößten Stadt Preußens beibehalten wird. Hat etwa der dortige Magistrat einen Auftrag in diesem Sinne gestellt? Da wäre man doch auf die Beantwortung des Antrages neugierig.

Der Magistrat hat diesen Antrag tatsächlich gestellt und Herr Bender wird nun einen seiner kalten Wasserstrahlen nach Herrn Wiemer senden müssen, damit er in Zukunft nicht mehr solche ungemütliche Fragen stellt.

Sonnabend, Sonntag und Montag liegen die Wählerlisten aus! Nur drei Tage!

Aus aller Welt.

Ein Einbrecher als „Student“. Eine große Ueberraschung gab es am Montag in einem Pensionat in der Potsdamerstraße zu Berlin. Dort wurde einer der Gäste verhaftet, der sich für einen Studenten ausgeben hatte. Niemand hatte daran gezweifelt, es mit einem Studenten zu tun zu haben, da ein „Durchzieher“ seine Behauptung zu bestätigen schien. Der Gast, der seit vierzehn Tagen auf Kredit lebte, war ein Einbrecher namens Hans Dittmar, der vor drei Wochen in Frankfurt a. M. verschiedene wertvolle Sachen erbeutet hatte. Der Verdacht, einen Einbruch verübt zu haben, hatte sich deshalb auf Dittmar gelenkt, weil er seit der Zeit aus der Mainstadt verschwunden war. Durch Karten, die er dort hin an Mädchen schrieb, ermittelte man, daß er sich in Berlin aufhielt. Dierher ließ er sich die Antworten nach einem Postamt kommen, sollte sie aber nicht ab. Eine seiner Postkarten aber enthielt einen unauffälligen Vermerk über eine Adresse in der Potsdamerstraße. Hier forschte man nach, fand ein Pensionat und darin den gesuchten Einbrecher. Dittmar ist gefänglich; er wird zur Aburteilung nach Frankfurt a. M. zurückgebracht.

Schredensjahren bei einem Großfeuer. Dienstag früh wütete am Segeltor in Thon ein Großfeuer, durch das wie uns berichtet wird, die Dachstuhl- und die oberen Stockwerke des Hauses Segeltorstraße 4 und des benachbarten Hotels „Zum goldenen Löwen“ eingestürzt wurden. Die aus vier Etagen bestehende Fassade eines Gelegenheitsarbeiters mußte, ehe die Feuerwehre zur Stelle war, aus dem vierten Stockwerk auf untergelegte Balken und Matratzen auf die Straße hinunterfallen. Der Mann, der sich beim Einsturz der Fassade

kannte und liegt hoffnungslos im Krankenhause darnieder. Ein Anstoß wurde leicht verlezt, während die Frau und ein zweites Kind keinen Schaden erlitten. Mehrere Familien sind obdachlos.

Neue Katastrophe in der englischen Marine. Die englische Marine, die eben „Gladiator“ verloren hat, ist von einem neuen Unglück betroffen worden. Aus Harwich wird berichtet: Bei den in der letzten Nacht abgehaltenen Schießübungen erfolgte ein Zusammenstoß zwischen dem Schiffe „Albatross“ und dem Torpedobootsgeräth „Gala“. Der Beschädigte wurde von dem Kreuzer in zwei Stücke geschnitten. Ein Mann wurde getötet. Die eine Hälfte des Beschädigten wurde im Schlepplan nach Scherneck gebracht.

103 1/2 Jahre alt. Ein hohes Alter hat eine Frau in Eilenburg erreicht. Dort starb in einem Alter von 103 1/2 Jahren die Witwe eines Damenschneidmeisters, Frau Weingärtner.

Erhängen und ertrinken! Im Vießflus in Leipzig unterhalb der Felsenbrücke wurde ein 29 Jahre alter Konfektionär aus Lübeck aufgefunden. Er hatte sich am Ufer des Flusses einen Schuß in den Kopf beigebracht und war dann in das Wasser gestürzt.

Abgestürzt. Beim Pfänden von Steinrofen ist am Sonntag der 16 Jahre alte Bursche Gallwig vom Steinberg bei Reut abgestürzt und war sofort tot.

Schneetot. In Tonbridge (England) verfiel die Frau eines Postbeamten nach langer Krankheit in Starckrampf und wurde für tot erklärt. Unmittelbar bevor der Sargbestattungsbeamte die Frau begraben werden sollte, bräde die Witte noch einen Fuß auf die Wangen der Gattin und bemerkte dabei, daß diese noch ganz

warm seien. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte Scheintod fest. Jetzt sieht die Patientin im Hospital ihrer Genesung entgegen.

Luftballonfahrt mit Hindernissen. Beim Landen eines Luftballons in der Nähe von Embskirchen in Mittelfranken der Intendanturrat Schöbl in München, der in Begleitung seines Schwagers von Gerlhofen bei Augsburg aus in einem Ballon des Vereines für Luftschiffahrt eine Auffahrt unternommen hatte, verunglückte. Als man zur Landung schritt, neigte sich plötzlich der Ballon, vom Winde getrieben, auf die Seite und rief den Korz auf dem Boden mit sich. Schöbl, ein erfahrener Luftschiffer, der eben im Begriff war, den Korz zu verlassen, wurde eine Strecke weit geschleift und geriet dabei mit einem Fuß in unglücklich unter den Korz, daß er verletzt wurde. Der Verunglückte wurde sofort per Bahn einer Klinik in München zugeführt.

Die Furcht vor der Strafe. Aus Furcht vor einer längeren Freiheitsstrafe, die er wegen schwerer militärischer Verfehlungen zu gewärtigen hatte, sprang Vormittag der Grenadier Rohr vom 4. Garderegiment a. F. aus der dritten Etage der Kaserne auf die Straße hinab und landete unter den Händen des Arztes.

Keine Chronik. Ein geheimnisvoller Vorfall, der noch der Aufklärung bedarf, beschäftigte die Berliner Polizeibehörde und die Staatsanwaltschaft. Am vergangenen Sonntag fand man im Hofe des Hauses Pallaststraße 75, den Friedrichshagenen Gastwirt Hermann Haug leblos liegend, an. Man nimmt an, daß er das Opfer eines Verbrechen geworden ist. Das hier mindestens ein Paar vorliegt, erscheint nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen zweifelhaft. Aus Wittmann wird gemeldet: Infolge Wollenbruchs hat die Reine nebst Hühner weite Strecken überflutet und bedeutenden Schaden an Feldern angerichtet.

Eine franks Ente sendet die „Köln. Ztg.“ in die Welt und Wiemers „Freisinnige Zeitung“ hilft ihr zum weiteren Fortkommen. Darnach soll Reichstagsabgeordneter Gotthelm aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt haben, für die Landtagswahl in Breslau zu kandidieren. Wir wissen nicht, ob sich Herr Gotthelm zur Verschönerung seiner Abfertigung zu diesem durchsichtigen Zugeständnis der unglücklichsten Gesundheit hergegeben hat — es wäre verzeihlich —; was wir aber wissen, ist, daß er auf hiesigen und auswärtigen Kongressen ganz munter mitgerebet hat und vor allem, daß ihn die Breslauer Freisinnige Volkspartei auf alle Fälle, krank oder gesund, aus seiner Kandidatur herausbefördert hätte. Und das ist schließlich das Wichtigste bei der Affäre.

Der Schlesische Arbeiterbündel hielt seinen diesjährigen Delegiertenkongress zu Opatowitz in Bunzlau ab. Anwesend waren 39 Vertreter, 25 aus der Provinz und 14 aus Breslau; Seeliger-Breslau wurde als Vertreter des neugegründeten Frauenschlusses sowie der Ortsgruppe Breslau zugelassen. Geringfügig wurde das Verbot der Breslauer Vereine „Grundstein“ und „Vereinstafel“ wegen fortgesetzter Verhinderung der Delegiertenkongresse. Gleichzeitig wurden auch die Vereine, welche Festausführungen am Orte hatten und dieserhalb ohne Vertreter waren, gerügt. Unentschieden blieben die Vereine: „Luzifer“, „Gummat“, „Grundstein“, „Durch Kampf zum Sieg“, „Vereinstafel“, „Grapph“ und „Zimmerer“ von Breslau, „Freies Chor“ Langenbleich, „Vereinstafel“, Schweidnitz. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Bund 6 Vereine im letzten Jahre freiwillig wie durch Ausschluß verlor. Die Zunahme der Vereine beträgt 11, somit gebden gegenwärtig 60 Vereine den Schlesischen Bund mit 1575 aktiven und 711 passiven Mitgliedern an. Auf Breslau entfallen 24 Vereine mit 575 aktiven und 65 passiven Mitgliedern, auf die Provinz 36 Vereine mit 997 aktiven und 646 passiven Mitgliedern. Der neugegründete Breslauer „Frauenschlus“ zählt bereits 52 Mitglieder. Die Korrespondenz war eine rege und betrug insgesamt 372 Eingänge und 621 Ausgänge. Von der Niedergemeinschaft (Berlin) erhielten die Vereine drei Hefenblätter im Berichtsjahre: „Luzifer“, „Im Vormarsch“, „Durch Kampf zum Sieg“ von Woto Brand, sowie Nr. 17 bis 20 der Arbeiterjugendzeitung. Leider entstand durch das Göttinger Bundesfest ein Defizit von 121,73 Mk., was von den einzelnen Vereinen gleichmäßig getragen wurde. Die Einnahme der Bundeskasse betrug 635,53 Mk., die Ausgabe 436,85 Mk., was einen Bestand von 198,68 Mk. ergibt. Eine Agitation mittelst Flugblattes unter den noch absetzenden Vereinen hat leider, speziell in Breslau, nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Maßnahmen, die der Vorstand bezüglich des Ausschlusses einiger Vereine sowie wegen verweigerter Aufnahme eines Vereines traf, wurden gebilligt. Es wurde allseitig anerkannt, daß mit dem neuen Vorstand auch ein neuer Geist einzog. Auch sprach man sich wie früher schon für eine Verschmelzung einzelner Vereine aus. Von einigen Vereinen wurde jedoch bemerkt, daß die Vereine hierzu noch nicht reif seien. Bei etwas weniger Eigenbrödelerei und mehr Willenskraft wäre jedoch viel zu erreichen, bei dem der Göttinger Verein es bis auf circa 100 aktive Mitglieder gebracht. Ein Antrag, den Vorstand zu erweitern, wurde angenommen und Sangesbruder „Friedrich-Breslau“ als Schriftführer hinzugefügt. Laut Bericht erfolgt in Zukunft die Abrechnung der Bundeskasse halbjährlich in Breslau, die Revisionen wählbar der Ausschuss der dortigen Ortsgruppe. Der Antrag, bei Bundesfesten außer Rosenbüschen nur einzelne Vereine singen zu lassen, wurde zurückgezogen. Es wurde bedauert, daß ein Drittel diesen Antrag gestellt hat; ein Antrag, leichtere Ueber herauszugeben, wurde abgelehnt. Bei Neugründungen von gemäßigten wie Neuenhöfen hat der Vorstand das Recht, dieselben durch etwas Material zu unterstützen; ein diesbezüglicher erweiterter Antrag wird auch auf dem Delegiertenkongress in Köln gestellt werden. Eine Umstellung des Bundes in Genuß wird vorläufig nicht vorgenommen. Von den wichtigsten Beschlüssen betreffs Zentralismus ist derjenige gefaßt worden, in Köln einen vierteljährlichen Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied zu erheben mit 50 Prozent Anteil der einzelnen Gauen. Ueber die Befreiung des Kölner Delegiertenkongresses war man verschiedener Meinung; es wurde jedoch der Sangesbruder „Luzifer“ als Delegierter gewählt. Das nächste (3.) Bundesfest findet 1910 in Liegnitz statt. Hierbei wurde gewünscht, daß bis dahin wohl das dortige Gewerkschaftshaus sich durch Umbau Renovation etc. besser dazu eignen werde als gegenwärtig. Man war sich wohl klar darüber, daß das Verhältnis zwischen unserer Stelle und dem Schlesischen Arbeiterbündel sich etwas gebessert habe, doch lasse das Verhalten einiger Führer in der Arbeiterbewegung den Arbeitervereinen gegenüber noch viel zu wünschen übrig. Sämtliche Delegierten waren einst in dem Wunsch, daß jeder übertragene Arbeiter bürgerlichen Ansehens melden und seine eigenen Rechte unterhalten möge, dann wird es nicht vorkommen, daß ein Arbeiter mit 100 Mark Gehalt abschießt. (Sangesbruder „Luzifer“). Der Glogauer Vertreter sagte das Vereins- und Verbandsrecht an; der dortige Arbeitervereinsverein habe wegen einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Ausübung (Ausflug), an dem er teilgenommen, für jeden Teilnehmer ein Strafmandat erhalten. Sämtliche Teilnehmer erklärten den Inanspruchnahme. Das Kammergericht stellte sich ebenfalls auf den Polizeihandpunkt und so blieb es bei der Beurteilung, welche jedem beteiligten Sanger auch die Kosten auferlegte; Summe circa 700 Mk. Strafen und Kosten für sämtliche Verbrechen. Neugeburt zum 2. Vorhändigen F. Pohl „Seid einig“ Breslau. Wenn auch Schönen in kultureller Beziehung nicht zu den fortgeschrittenen Gegenden gerechnet werden kann, was speziell von den Vertretern der Territorie bekannt wurde, so muß doch, wie der Vorhändige Sangesbruder „Luzifer“ in seinem Schlusswort hervorhob, jeder einzelne seine ganze Kraft einbringen, um wenn auch langsam aber sicher vorwärts zu schreiten. Die Opfer, die gebracht werden müssen, führen uns aber auch den Erfolg. Der nächste Delegiertenkongress findet in Wittau statt. Nach einem kräftigen „Lied hoch“ schloß der Vorhändige Sogar den anwesend verlassenen Delegierten. Alle Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an:

Joseph Dörsch, Breslau, Gabelstr. 51, St. I.

Verhinderung von Fischern und Drechslern. Die Firma W. & A. W. W. Verfügte für Erlaubnis, kleine Fischerei, entlich Montag sämtliche Fischer und Drechslern. Die Firma ist bekannt durch viele Fischerei, die dort bestehen. Die Gesellen sind gezwungen das weisse Werkzeug, sogar Winkel, Poliermaterial und Krampf selbst zu stellen. Der Lohn kommt Sonnabends gewöhnlich zur teilweise zur Auszahlung. Die Behandlung der Gesellen ist alles zu wünschen übrig und hat bei Herrn Sauer die Woche letzten Arbeitswoche. Gewisse Arbeitszeit ist ihm ein Dorn im Auge. Sauer er doch in letzter Zeit erst dann über den abgelehnten Drechslern zu durchbrechen, indem er die schuldigen Arbeiter wieder einführte. Ebenfalls wurden die Arbeiter in Ordnung. Die Arbeiter glaubten nun durch eine Kommission in Verbindung mit dem Bevollmächtigten der Holzarbeiter diese traurigen Zustände auf abnormem Wege zu regeln. Leider war dieses unmöglich, denn Herr Sauer wollte in eine derartige Kommission, daß sich mit ihm nicht verhandeln ließ. Dem Bevollmächtigten wurde mit der Erklärung die Löhre gemindert: „Ich habe an den Fischern jetzt insofern Bedenken, daß ich als Arbeiter leben kann.“ Dem Arbeiter erklärte er: „Nicht alle, daß Sie ran'tommt, ich werde meine Fische an.“ Herr Sauer behauptete, er würde 57 noch ein Jahr verschlafen, durch das er wahrscheinlich auch noch sehr viel verdient. Bei einem solchen Verhalten werden die Arbeiter von Schelling in Zukunft ihre Fische noch nur noch bei ihm einkaufen. Die Fischer werden aber gut tun, das Glanzlicht Glorioso vor Auslieferung ihrer Arbeitszeugnisse zu verweigern. Der Betrieb ist bis auf weiteres gestoppt.

Achtung, Schuhmacher! Der Streik bei der Firma J. W. Herrmann in Pissa i. P. dauert ununterbrochen fort. Verhandlungen, die durch Vermittlung eines Pfarrer Bürgers am 28. April stattfanden, brachten für die Ausständigen so wenig, daß dieselben einmütig den Streik ablehnten. Herrmann will mit genügend Arbeitskräften versehen sein, dem ist aber nicht so. Zwar sind eine Anzahl Streikbrecher vorhanden, die aber, da sie nicht genügend qualifiziert sind, für die Entlasten keinen Ersatz bieten. Unter den Streikbrechern befinden sich zwei christlich Organisierte, die Kaufmänner Stamislo und Preuss, beide aus Neustadt O. S. Ersterer hatte sich als Agent zum Streikbrecher werden beigegeben. Der Betrieb bleibt nach wie vor gestoppt. Zentralverband der Schuhmacher, Gau 8.

Die Stukkatureur legten heute bei der Firma „Kochmeister“ in Pöpelwitz, Bärenstraße, die Arbeit nieder. Der Grund liegt darin, daß die Löhne nicht voll zur Auszahlung gelangten und die Krankenkassenbeiträge nur ungenügend entrichtet wurden.

Pastor Wittke, der wegen eines Anariffs in seiner „Sch. Morgenzeitung“ mit dem Herrn Oberbürgermeister in Differenzen gekommen war, erwidert jetzt in einem hochachtbaren Schreiben an Herrn Dr. Bender, daß er — zunächst nichts zu erwidern hat. Er nimmt nur nicht zurück und wartet auf eine gerichtliche Klage. Da er daselbst schon im Stadtordekrete eine Versicherung konnte er sich die Schreiberei scheuen.

Ein Frühjahrssturm brachte uns der gestrige Tag. Schon am Vormittag zogen einmal finstere Wolken über unsere Stadt und konnten etwas Regen und Graupeln hernieder. Am Nachmittag in der 3. Stunde wiederholte sich dieses Schauspiel, wenn auch die Finsternis weniger groß war. Dabei gab es ein paar krachende Donnererschläge, worauf sich die Sonne wieder etwas hervorwagte. Die trübe und veränderliche Witterung dürfte voraussichtlich noch mehrere Tage andauern.

Aus Schlesien und Polen.

Mai-Versammlungen in der Provinz

- finden statt und zwar Abends 8 Uhr:
- Ohlau bei Schmidt.
 - Liegnitz, Gewerkschaftshaus.
 - Sagan in der Poststraße.
 - Liegnitz im Gewerkschaftshaus.
 - Neustadt im Gewerkschaftshaus.
 - Strehlen bei Herden.
 - Neumarkt im Gasthof zum Löwen.
 - Sauer im Grünen Adler.
 - Glogau bei Jöllner, Poststraße.
 - Striegan im Hofst. Bismarck.
 - Freiburg in der Germania zu Polznitz. Eintritt Männer 10, Frauen 5 Pf.
 - Landeshut in der Sonne.
 - Neuzitz bei Pöhlitz.
 - Sagan im Fokale des Herrn Hermann in Polnisch-Wachen.
 - Wasser Abends 7 Uhr im Deutschen Kaiser.
 - Grünberg im Vniestol.
- In Weisse findet die Versammlung am 2. Mai, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.
- Starke Besuch darf überall erwartet werden.

Vom russischen Nachbarn.

Der Landrat des dem ober-schlesischen Industriebezirk benachbarten russisch-belarussischen Kreises Lendzin hat die lebenswichtige Deklaration erlassen, daß in seinem Landratskreise erkrankte preußische Staatsangehörige nicht in dortigen Krankenhäusern verpflegt werden dürfen, sondern unberühlig (also ohne Rücksicht auf ihren Körperzustand!) über die Grenze geschickt werden müssen. Vor zu viele Preußen werden freilich kein Verlangen tragen, bei Erkrankung in einem russischen Krankenhaus verpflegt zu werden, denn die Zustände in diesen Anstalten sind spottschlecht. Für nicht transportfähige Kranke aber bleibt diese recht russische Verfügung eine Barbarei. Vielleicht wollte der russische Beamte dem lieben preußischen Nachbar mit dieser Verfügung seine Dankbarkeit bekunden dafür, daß die in Sosnowice und anderen Orten seines Kreises bei Mitleidaten verunfallten russischen Polizeibeamten fast ausnahmslos in ober-schlesischen Krankenhäusern Aufnahme finden?

Dieser Tage wurden von Sosnowice wieder etwa 70 in den letzten Wochen wegen politischer Vergehen Verhafteter als administrativ Bekannte nach Sibirien transportiert. Wie viel Jammer und Elend birgt diese kurze Mitteilung, zugleich aber auch wie viel Unrecht, Lüge und Grausamkeit. Die Antwort bleibt nicht aus: Fast Tag für Tag fallen zehntausende Goldstücke dem Nachbarn der unerbittlich verfolgten, grausam geprügelten Menschen zum Opfer, deren einziges Verbrechen darin besteht für bessere politische Zustände in ihrer Heimat zu wirken.

Liegnitz, 29. April. Versammlung unter freiem Himmel. Das neue Vereinsgesetz kündigt sich bei uns durch einen Vorboten an. Die Mai-Versammlung der Proletarier, in der Gewisse Löhne referieren wird, findet am Freitag Abend im großen Garten des Gewerkschaftshauses auf der Hinterbleiche statt. Die politische Genehmigung zu dieser Versammlung ist erteilt. Für den Fall schlechten Wetters ist eine Saalversammlung angemeldet.

Liegnitz, 27. April. Von einem plötzlichen Tode befallen wurde heute Morgen die in der Mittelstraße wohnende 60jährige Witwe Schöbe. Sie toamete plötzlich auf der Straße, fiel um und erlag nach wenigen Minuten einem Herzschlag. Ihre Leiche wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Striege, 28. April. Der hiesige Gemeinde-Vorstand scheint sich bisher nicht eingehend mit der Landgemeindevorordnung befaßt zu haben, denn sonst würde er nicht unsere Gewissen Barock mitgeteilt haben, daß letzterer — trotz dem er seit Jahren seinen Wohnsitz in der Gemeinde hat — nicht wahlberechtigt sei. Da eine Beschwerde fruchtlos war, wird dem Gemeindevorstand durch eine Klage beim Kreisamt ein Recht gemacht werden, wie die Rechte der Gemeindeglieder anstehen.

Steinhausen i. N., 28. April. Vergebliche Liebesmäh. Am 24. April fand die Verlobung eines Mitgliedes des Arbeiter-Kaufmannvereins statt. Selbstverständlich hatten die Mitglie der einen Krampf gelitten. Von einer roten Schilke war abgesehen worden, weil der Verlobte nicht so reich organisiert war. Als die Teilnehmer aus dem Hause herausstraten, präsentierten sich der Kaufmann mit einem Kollegen, um die staatsgerichtliche rote Schilke anzukündigen. Die Damen wußten sich aber bescheiden, weil das Gewand nicht dran war. Wir meinen, die Polizei braucht um Arbeit nicht zu fragen. Sie sollte sich einmal die Rechte in den Papierfabriken ansehen und dafür Sorge tragen, daß den Unternehmern unterliegt wird. Die Arbeiter möglichst über 100—120 Stunden arbeiten zu lassen. Offenbar sieht einmal der Gewerkschaftler nach dem Rechten.

Schmieberg, 29. April. Von hiesigen. In der Mangel- und Appreturwerkstatt Firma Otto Pöschel sind Differenzen zwischen den Mangelgeleuten und der Firma ausgebrochen. Die Mangelgeleuten hatten eine Lohnzulage von 10 Pfennig pro Tag gefordert. Sie glaubten sich dazu um so eher berechtigt, als den Arbeitern in der Nähfabrik schon 10 Pf. pro Tag zugesetzt worden war. Die Firma wies aber die Forderung der Mangelgeleuten schroff zurück. Sie motivierte ihre ablehnende Haltung mit dem schlechten Geschäftsgange. Es genügt jedoch die Firma nicht, trotz des schlechten Geschäftsganges täglich Überstunden arbeiten zu lassen. Auch für die Frauen existiert bei der Firma Pöschel der gesetzliche stündliche Normalarbeitslohn nicht, da auch sie Überstunden leisten müssen. Auf die ablehnende Antwort der Firma reichten 5 Mangelgeleuten ihre Kündigung ein. Ein kleinlicher Akt seitens der Firma ist es, daß als Antwort auf die Kündigung der Gesellen die Frau des einen und die Braut eines anderen Gesellen ebenfalls ihre Kündigung von der Firma erhielten, obwohl sie bei dem ganzen Streik ganz unbeteiligt waren. Die Behandlung bei der Firma Pöschel ist nicht gerade höflich. Jetzt antwortet die Firma in allen schlesischen Zeitungen um Ersatz für die abgehenden Gesellen zu bekommen, was ihr jedoch nicht sobald gelingen dürfte, da die Arbeitsbedingungen bei der Firma Pöschel schon genügend unter den schlesischen Kollegen bekannt sind.

Reichenbach, 29. April. Eine nachträgliche Entdeckung. Vor zwei Jahren wurden auf dem Schlosse Girschendorf verschiedene Diebstähle verübt. Es wurde hierbei einmal eine beträchtliche Geldsumme, mehrere tausend Mark, die beiden anderen Male Wein in bedeutenden Mengen entwendet. Ein bei der Gutsbesitzerin bedienstetes Mädchen geriet in Verdacht, weshalb den großen Gelddiebstahl auszulösen zu haben, doch fand mangelnd genügender Beweis vor Gericht dessen Freisprechung statt. Dieser Tage wurde nun in Pommern ein Förster wegen Einbruchsdiebstahl verhaftet. Bei einer bei ihm vorgenommenen Durchsuchung fand man Briefe vor, die seinen in Girschendorf wohnenden Bruder, einen jungen Burken, betreffs der vorgenannten Diebstähle und Einbrüche so schwer belasteten, daß dessen Verhaftung erfolgt ist. Desgleichen wurde ein Metzger, der damals auf dem Schlosse beschäftigt war, und sich jetzt in Thüringen aufhalten soll, in Haft genommen.

Görlitz, 27. April. § 175 und der Expreffer. Unter der Auflage, von dem berechneten Besitzer des Etablissements „Tal Groß-Biesitz“ Karl Mittel unter Eröbung mit Auge wegen Vergehens gegen § 175 nach und nach zwei tausend Mark zu zahlen, stand vor der hiesigen Strafkammer der Kellerer Alfred Brunn aus Sagan. Brunn hatte sich die vorherigen Meinungen des Mittel, in dessen Etablissement er viel verkehrte, zunutze gemacht, und nachdem er mit ihm in homöopathe Beziehungen getreten, mindestens 2000 Mark zu erpressen verstanden. Der Schwester des Mittel hatte Brunn, eine elegante Persönlichkeit, Silberzeug etc. im Werte von 1600 Mark herausgelockt. Das Gericht beurteilte ihn zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis anlässlich einer noch zu verhängenden Strafe des Gerichts zu Elberwerda. Der mitangeklagte bisher unbestrafte Mittel erhielt wegen Vergehens gegen den § 175 drei Monate Gefängnis bei Anrechnung von zwei Monaten Unterhauhaft.

Ratibor, 29. April. Wegen Todschlags an seinem eigenen Kinde wurde am Sonnabend der 21 Jahre alte Arbeiter Karl Grzeschick verhaftet. Er hatte ein 2 1/2 Jahre altes Mädchen, Infolge Vernachlässigung war das Kind in der Entwicklung sehr zurückgeblieben. Am Freitag war Grzeschick allein mit dem Kinde zu Hause. Er leute sich schlafen, wurde aber, nach seiner Angabe, im Schlafe durch das laute Weinen des Kindes geweckt. Er sprang von seinem Lager auf und schlug mit der Faust das Kind auf den Kopf, was den Tod der Kleinen zur Folge hatte. Grzeschick leugnete erst, bequeme sich aber schließlich zu einem Geständnis.

Beuthen OS., 29. April. Schwere Schicksal. Auf Gotthardtsch sind durch einen vorzeitig losgerangenen Sprengschuß die Säuer Warboß und Weinisch aus Orzow im Gesicht und am Körper schwer verbrannt worden. Ob den Verunglückten das Augenlicht wird erhalten bleiben, läßt sich noch nicht feststellen.

Beuthen OS., 29. April. Die Frau als Dummheit. Der vor zwei Jahren an Poloczek verübte Mord scheint noch keine Sühne finden zu sollen. Poloczek wurde im Sommer 1906 in einem Felde in der Nähe des katholischen Friedhofes tot aufgefunden. Mehrere Verletzungen an der Leiche und die ganze Beschaffenheit derselben deuteten darauf hin, daß ein gewalttätiger Todes gelobten war. Verurteilungs wurde Tod durch Erschlagen festgestellt, weil in der Lufttöbte Speisereste gefunden wurden. Jetzt aber hat die Frau eines hiesigen Arbeiters bei der Polizei Anzeige erstattet, daß ihr Mann den Poloczek ermordet habe. Die Verdadtsmomente waren so gravierend, daß der Mann sofort festgenommen wurde.

Kattowitz, 29. April. Die Verhaftung eines hiesigen Eisenbahnbeamten erregt hier in weiteren Kreisen Aufsehen. Der bisher sehr angesehenen Vorsteher des Zentralbüros der Eisenbahndirektion Kattowitz, Rechnungsrat Hentschel, hat eine größere ihm anvertraute Geldsumme unterschlagen. Es handelt sich dabei jedoch nicht um amtliche Gelder. Hentschel wurde zunächst in eine Vernehmungshaft in Beuthen gebracht, da sich aber eine Geldstrafe nicht entbeden ließ, hat ihn nun der Untersuchungsrichter in Haft genommen. Er war verschuldet und dürften auch einige bedeutende Wechselgeschichten bei der nachfolgenden Gerichtsverhandlung zur Sprache kommen. Ober-schlesische „Geldgeber“, deren „Menschenfreundlichkeit“ bekannt ist und sich besonders verschuldeten Beamten zuwendet, haben auch in dieser Affäre ihre Rolle gespielt.

Wosen, 29. April. Einbruch in eine Stationskasse. In der Nacht zum 26. sind Diebe in die Kasse der Bahnstation Luban (Polen) durchs Fenster eingedrungen, haben die angemauerte Stahlkassette erbrochen und daraus 21,45 Mk., vier Porterielloose und ein Portemonnaie, ferner aus der erbrochenen Tischschublade 2,80 Mk. gestohlen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Am letzten Donnerstag unternahmen zwei Liegnitzer ältere Herren einen Fußmarsch auf die Schneekuppe und konnten nach einer Wanderung von 1 1/2 Stunden dort an, was durch Telegramm nach Liegnitz angezeigt wurde. Es ist dies bereits die siebente Wanderung der Herren dorthin, die alle Jahre einmal wiederholt wird. Auf einem eisernen Baum aufgeschleppt hat sich ein auf dem Gute in Deutmannsdorf bei Löwenberg beschäftigter Korbmacher, indem er beim Anbinden von Weinreben von der Leiter stürzte und mit dem Rücken auf dem Baum fiel. Auf sein Geschrei eilten Personen herbei, die ihn aus der schmerzlichen Lage befreiten. In Alt-Kemnitz starb das dreijährige Kind des Schuhmachermeisters Buschwig in der Abwesenheit der Eltern in einem Lämper und erkrankt. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Montag Nachmittag in Warmbrunn. Beim Regen der elektrischen Leitung von der Schloßmühle nach dem gräflichen Schlosse war der Hilfsarbeiter Viehler vom Allgemeinen Elektrizitätswerk in Breslau tätig. Pöhlitz kam er mit der Leiter, auf welcher er sich befand, zu Fall, schlug mit dem Kopf heftig auf das Straßenpflaster und blieb schwer verletzt liegen. Er hatte sich bei dem Fall einen Schädeldruck zuzugewogen, an dessen Folgen er gestorben ist. — Kürzlich geworden ist der Beauftragte Direktor Kraus in Ratibor nach Kontrahierung einer großen Schuldenlast und Vererbung bedeutender Unterschlagungen. Man vermutet, daß er sich nach England gewandt hat.

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdb.

Aelteste und bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

Das Vertrauen

des kaufenden Publikums zu unseren Fabrikaten ist begründet in den hervorragenden billigen Preisen unserer anerkannt vorzüglichen Qualitäts-Schuhwaren!

Herren-Stiefel

in den Preislagen
690 M. 790 M. 830 M.
950 M. 1050 M. 1250 M.
1450 M. 1650 M.
Verkaufsgeschäft



Damen-Stiefel

in den Preislagen
675 M. 750 M. 850 M.
950 M. 1050 M. 1250 M.
1450 M. 1650 M.

Breslau: nur! Reuschestrasse 48.

Stadt-Theater.

Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Wagner: Jullus.
Tritte Vorstellung.
„Lohengrin“.
Donnerstag:
„Die Värm um Nichts“.
Freitag:
Wagner: Jullus.
Tritte Vorstellung:
„Tristan und Isolde“.

Lobe-Theater.

Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Ein Walzertraum“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Der Mann mit den 3 Frauen“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Simon“.

Thalia-Theater.

Arbeits-
Humboldt-Verein.
Abonnement-Vorstellung:
„Der Vogelhändler“.

Schauspielhaus

Mittwoch 8 Uhr:
„Der Obernball“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Die Räuber“.

Lieblichs Etablissement.

Das brillante
April-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

Gastspiel
des berühmten Kollaboranten
„Les Colibris“.
Mehrfach 5 Glanznummern.
Sonder-Rückzug, Sonnabend und
Sonntag
Nachmittag-Vorstellung.
Kinder halbe Preise.

Zirkus Busch.

Mittwoch, den 29. April 1908.
abends präzis 7 1/2 Uhr:

Gala-Premiere! Auf der Hallig.

Große Aufführungs-Pantomime
des Zirkus Busch in 4 Akten.
Besetzt und einstudiert von Frau
Barkhardt-Footitt. Sämtlich einstudiert
von Frau Barkhardt-Footitt, Ottavi.
Mit Frau Kerschmeier Taubert.
1. Akt: Die Räuberhütte.
2. Akt: Auf hoher See (Schiff-
Narrenzang).
3. Akt: Nach dem Sturm.
4. Akt: Auf dem Meeresgrunde
(Aufwindung des Stracks der 3 Räuber).
Sonder-Gast: Reptus mit seinem Gefolge
Phantastischer Rollen-Ausgang
der gesamten Untersee-Welt.
Eigen, Rajaden und Delphine.
In 1. Akt: Produktionen im Wasser
in 4 Meter Wassertiefe.
Reiten und Auftritte des Spatst.
Spart und Schwimmb-Großleistungen.
Auktionen werden:
Die neueste und größte Sensation!
Zum ersten Male auf dem Kontinent!

Stala-Truppe

und das große Gala-Programm.
Sonntag, den 3. Mai 1908:
2 Große Gala-Vorstellungen 2
um 4 Uhr und 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen
Auf der Hallig!
Breite der Plätze
wie Serrortlauf hohe Zuschlagplätze.

Atelier „Apollo“ Taschenstr. 20.
1676

Für 1463 Zigarrenmacher!

Alle Rohstoffe
zur Zigarrenfabrikation em-
pfehlen in grösster Auswahl
und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
Breslau I, Hummelstr. 26.

8 Pf. — Retormbier — 8 Pf.

Zeltgarten.

Dr. H. Krainick.
11. und 2. Abende!!
Das großartige Programm.
11 Attraktionen.
Freitag, den 1. Mai 1908:
Eröffnung
der Sommersaison
im Garten
mit nur erstklassigen
Spezialitäten.
Entrée 10 Pfg.

Deutscher Kaiser.

Friedrich-Wilhelmstr. 33.
Die letzten 2 Abende
für
Vorzugskarten.
Dienstag
Die großartigen
Spezialitäten
Donnerstag
Schluß
der Winterjazzion u.
Abschiedsvorstellung.

Dominikaner.

Täglich:
Original
Leipziger Sänger.
Dr. P. Felzer.

Palmengarten.

Dr. H. Krainick.
Doppel-Konzert

Richtig Deutsch Schnellrechnen

äusserst billig!
(Für alt. Personen separat)

Karl Kluge,

staatl. geprüfter Lehrer,
Neue Taschenstr. 25.

4 Stück große neue Salzheringe

10 Pfennige.

Wandel 35 Pfennige.

Richard Polke, Fischer-
gasse 2.

Pianos,

Flügel und
Harmoniums
grösste Auswahl,
jede Preislage,
Teilzahlung, Miete,
Reparaturen, Stimmen.

Georg Neumann

Breslau, Neue Grasenstr. 13.



Fahrräder

„Victoria“ und „Adler“
dass diese Räder gut sind,
weiss jeder Radfahrer. 2047

Vertreter: H. Schurzmann
Gräbchenstr. 29.
Mitglieder des Art.-Radf.-Bundes
19. Bahnt.

sozialdemokratisches Liederbuch

Achtung! Bringt allen Kollegen und Genossen mein
Restaurations-Lokal mit Carlen
in freundliche Erinnerung. Zudem ist feierlich sein werde, nur gute Speisen und
Getränke zu verabfolgen, bitte ich um wohlwollende Unterstützung.
Achtung!
August Schwarzer, Restaurateur.
Danzig „zur Linde“.

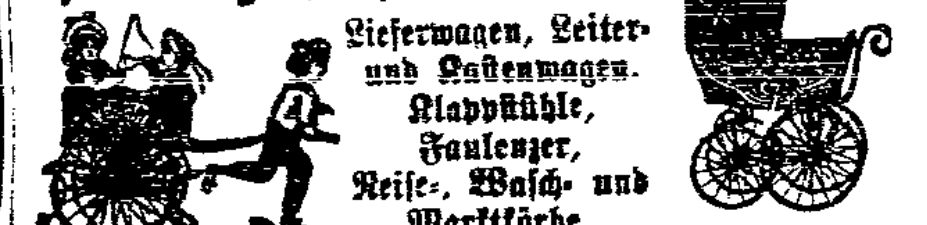


Ächt! Überall zu haben.
Scheuers Doppel-Ritter-Kaffee.

F. Konetzny, Ziegwitz.

Grösste Kinderwagenfabrik Deutschlands.
Detail-Verkauf: Breslau, Ring 2, an der
Oberstr.

Kinderwagen, Sportwagen,



Enorme Auswahl. Billigste Fabrikpreise.

Orkan-Fahrräder



Original Orkan-Fahrräder schon von 70 M. an
Elite-Fahrräder 53,-
Mod. 1908 m. Doppel-
glocken-
lager und Pneumatik M

Orkan-Fahrräder-Fahrradteile-Fabrik
und Nähmaschinen-Industrie. E. Wedler, Breslau 6, Klosterstr. 15.

Im Erscheinen befindet sich:

Meyers Grosses Konversations-Lexikon

Sechste, gänzlich Neubearbeitete
und vermehrte Auflage.
Ein Nachschlagewerk des
allgemeinen Wissens.

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Soeben erschienen: Die Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament.

Preis 30 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Donnerstag, den 30. April, abends 8 Uhr
Öffentlicher Vortrag
im Saale der Freien Religionsgemeinde, Grünstr. 14/16.
Thema:
Die Lehr- und Gewissensfreiheit der heutigen Volksschule.
Referent: Der feines
Amtes entsetzte Herr
Gutree 10 Pf. Der Einberufer.

Volksvorstellung 1907/8

(Thalia-Theater).
XVI. Vorstellung.
Sonntag, den 3. Mai,
Nachmittag 3 1/2 Uhr:

Der Postillon von Lonjumeau.

Komische Oper in 3 Akten. — Musik v. Adolff Adam.
Vorhanden sind noch:
I. Rang 1.00 M., Parkett 0.75 M.,
Ballon und Sperrst. 0.60 M., II. Rang 0.40 M.,
III. Rang 0.25 M., Galerie 0.15 M.
Textbücher 25 Pfg.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Dürkopp

Fahrräder
werden wegen ihrer guten
Eigenschaften von Sports-
leuten mit Vorliebe benutzt.
Kataloge umsonst.
Gegr. 1867
Ca. 4000 Arbeiter
DÜRKOPP & CO. A.-G. BIELEFELD

Goslar

Cigaretten
Anerkannt feinste Marken.

Nur kurze Zeit!

Massen-Verkauf

im
Engroslager
von 2158

Alfred Teuber

13 Friedrich-Carlstr. 13
Riesenposten

Emille Porzellan Steinzeug

Preise unerreichbar billig!

Donnerstag, den 30. April 1908.

Deutscher Reichstag.

141. Sitzung. Dienstag, den 28. April, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kommissare.
Das Haus erbt das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Bandler (kons.) in der üblichen Weise.
Auf der Tagesordnung stehen

Petitionen.

Eine Anzahl Petitionen werden debattelos nach den Vorschlägen der Petitionskommission erledigt. Unter anderem wird als Material überwiesen eine Petition betreffend Ausschluß der Deffektivität in Soudalprossen. Die Petition betreffend Abänderung oder Aufhebung des Paragraphen 175 wird durch Uebergang zur Tagesordnung unter Annahme der bestehenden Resolutionsentscheidungen, welche ungeschickliche Durchföhrung der betreffenden Gelegenheitskritiken, verschärfte Strafen gegen ungeschickliche Ausübung des Abhängigkeitsverhältnisses und Erhöhung des Schulalters fordert.

Eine Petition der Kaufleute um Einräumung des Rechts der Einsicht in die Handelsbücher der Prinzipale wird als Material überwiesen, nachdem

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) die Einwendungen der westfälischen Handelskammern gegen die Petition zurückgewiesen hat.

Die Petition um Überweisung der Chorführer und Sängerinnen unter die Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung soll nach dem Vorschlage der Kommission zur Erwägung überwiesen werden.

Abg. Dr. Pfeiffer (Kons.) beantragt, die Petition zur Verhandlung zu überweisen, und weist auf die miserable Honorierung des westfälischen Bühnenspiels hin, durch die geradezu die Unmöglichkeit der Existenz wird. Selbst an großen Theatern werden monatliche Gagen von 35-40 Mk. gezahlt. (Hört, hört!)

Abg. Gröbner (Soz.): In der Tat werden geradezu niederträchtige Gagen gezahlt. Leider fehlt es an einer wirksamen Organisation des Bühnenspiels. Alle Personen mit einem Einkommen bis zu 8000 Mk. sollten dem Versicherungszwange unterworfen werden. (Beif. b. d. Soz.)

Abg. Silkenbrand (Soz.): Die Regierung kommt vollster Erwägung nicht zum sozialpolitischen Handeln. Die Jahresgehälter der Chorführer bewegen sich zwischen 740 und 1100 Mk., wovon noch die hohen Agentengebühren und meist auch die Garderobe abgehen. Auch wir bitten die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. (Bravo! b. d. Soz.)

Nachdem auch die Abg. Dr. Stengel (Freis. Vot.) und Wassermann (Natl.) für den Antrag Pfeiffer eingetreten sind, wird die Petition zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine Petition des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter bittet um Einführung eines Knappschaftsgesetzes in Elsaß-Lothringen. Die Kommission beantragt, die Petition in ihrem allgemeinen Teile zur Berücksichtigung, im übrigen zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Giesberts (Zentr.) beantragt einen Antrag seiner Fraktion, wonach den einmündigen Knappschaftsmitgliedern rückwirkende Rechte beigelegt werden soll, und weist auf die Benachteiligung der elsass-lothringischen Bergarbeiter durch den Mangel eines Knappschaftsgesetzes hin.

Abg. Gummel (Soz.): Die elsass-lothringische Regierung bringt das unglückliche Knappschaftsgesetz, noch unsozialer zu sein, als die preussische. Im elsass-lothringischen Landesausschuß hat es das Zentrum durchaus an Föhrer bei der Vertretung der Bergarbeiterinteressen fehlen lassen. Sehr mächtig sind im Landesausschuß die arbeiterfeindlichen Gruppenbesitzer, zu denen auch Herr de Wendel gehört, der sich reichlich auf den väterlichen Segen und auf seinen Liberalismus beruft. (Hört, hört! und Weiterkeit.) Wir vermischen in dem Zentrumsantrage die Erwägung der arbeiterfeindlichen Knappschaftsmitglieder; wir werden aber doch für den Antrag stimmen, weil er eine Verbesserung gegenüber dem Kommissionantrage bedeutet. (Bravo! bei den Soz.)

Gebietrat Gallen behauptet, daß die elsass-lothringische Regierung nicht unsozial sei.

Abg. Behrens (Wirtsch. Voa.): Abg. Gummel kennt nicht die Arbeiterverhältnisse im Elsaß. (Rufen bei den Soz.) Zu bestreiten ist aber nicht, daß die elsass-lothringische Regierung zu sehr dem Einfluß der Gruppenbarone nachgegeben hat. Es sollte ein einheitliches Knappschaftsgesetz für ganz Elsaß-Lothringen eingerichtet werden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Abg. Gummel ist aus kleinlichem Fraktionsinteresse dem arbeiterfreundlichen Zentrum in den Rücken gefallen. Eine Erwägung der arbeiterfreundlichen Knappschaftsmitglieder war nicht nötig, da der Reichstag bereits in einer früheren Resolution dieselbe verlangt.

Abg. Dr. Will (Zentr.) tritt gleich seinem Vorgesetzten für den Zentrumsantrag ein.

Abg. Sachse (Soz.) weist darauf hin, daß das Zentrum beim preussischen Berggesetz nicht die Interessen der Bergarbeiter wahr genommen hat, und daß der Abg. Behrens bei der zweiten Lesung des Berggesetzes für den Ausnahmeparagraphen 7 gestimmt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Zentrum schreibt sich zwar selbst anweisen darf, aber nicht anerkennen werden darf.

Abg. Gummel (Soz.): Das Zentrum behauptet sozialpolitische Interessen; als der Reichstagsverein im Saarrevier unbenutzt wurde, ist es mit den schmutzigen Mitteln gegen ihn vorgegangen. Herr de Wendel hat Geld für Kirchenbauten, aber nicht für seine Arbeiter. Er benutzt die Geiseln für seine kapitalistischen Zwecke und laßt sie die Geiseln dazu benutzen. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Behrens (Wirtschaftliche Vereinigung) bestreitet, daß er mit seiner Abstimmung für den § 7 die Arbeiterinteressen verraten habe.

Abg. Giesberts (Zentrum): Die christlichen Gewerkschaften werden ebenso wie die sozialdemokratischen von Geiseln und Unternehmern bekämpft. Die Sozialdemokraten scheinen keine Gelegenheit zu parteipolitischen Intrigen vorübergehen zu lassen.

Abg. Erzberger (Zentrum) hebt erneut die sozialpolitische Tätigkeit des Zentrums hervor.

Abg. Sachse (Soz.): Herr Behrens hat einmal für und ein ander Mal gegen den § 7 gestimmt und das letzte Mal sich der Stimme enthalten. Er scheint also nicht gewußt zu haben, was er machen sollte. Trotzdem halten die Zentrumsmitglieder des Bergarbeiterverbandes ihre schlagende Hand über ihn (Hört, hört! bei den Soz.), während die christliche Arbeiterpresse ihn scharf angreift. (Erneutes Hört, hört! b. d. Soz.)

Abg. Gummel (Soz.): Es ist mir nicht eingefallen, gegen die christlichen Arbeiter Front zu machen. Ich habe nur die innere Zwiespältigkeit der christlichen Arbeiterbewegung hervorgehoben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Antrag der Kommission wird angenommen, ebenso der Antrag des Zentrums und der inzwischen eingelegte Antrag Sachse (Soz.) auf geheime Wahl der Knappschaftsmitglieder.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Unterstützungswort, Vogelschutz, Maß- und Gewichtsordnung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Einigungs-Verhandlungen im Berliner Baugewerbe.

Am Montag früh trafen die Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, absonderl. Um 11 Uhr begann die Plenarsitzung, in welcher zunächst im Namen der Unparteiischen Dr. Weisheit über das Resultat der Kommissionsberatung Bericht erstattete. Danach hat die Verhandlung nur sehr minimale Ergebnisse gezeigt. Vor den Verhandlungen waren in 12 Orten die Listen reuigen erledigt, und jetzt ist in 57 Orten eine Einigung erzielt, während in 72 Orten und den beiden großen Bezirken — Rheinland-Westfalen und Meiningen — die Differenzen noch nicht beseitigt sind.

Die Unparteiischen empfahlen den Parteien, die Differenzpunkte einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die Arbeitnehmer stimmten diesem Vorschlage zu, wogegen die Arbeitgeber erst eine Sonderberatung abhielten. Um 4 Uhr Nachmittags erklärten dann auch diese, daß sie die drei Herren ersuchen, sich als Schiedsrichter zu konstituieren. Diese füllten dann folgenden Spruch:

1. In keinem Lohngebiete darf irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten.
2. In den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohn-Erhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, sind diese Erhöhungen aufrechtzuerhalten.
3. In den Lohngebieten, wo von der zuständigen Arbeiterorganisation anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohn-Erhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkungen durchzuführen.
4. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 keinerlei Lohn-Erhöhungen vorgenommen und auch nicht zum 1. April 1909 vorgesehen ist, ist mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um 1 Pf. zu erhöhen.
5. Für jeden Bezirk, nötigenfalls für jedes Lohngebiet, wird ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen durch die ausländischen Organisationen sofort eingesetzt, das die außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai endgültig zu entscheiden hat.
6. Die Parteien haben bis Montag, den 4. Mai, Vormittags 11 Uhr, dem Kollegium der Unparteiischen (Berlin, Zimmerstraße Nr. 90/91) die Annahme oder Ablehnung des Schiedsgerichtsprüchs anzuzeigen.

Berlin, den 27. April 1908.

v. Schulz, Dr. Brenner, Wiesfeldt.

Storg: gab das Schiedsgericht folgende Begründung:

Nach gründlicher Prüfung der in den Plenarverhandlungen vorgetragenen allgemeinen Gesichtspunkte wie der in den Kommissionsberatungen geltend gemachten besonderen Darlegungen sind die Unparteiischen einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, daß einheitlich für das ganze Reich zurzeit nur geregelt werden kann das am 25. März 1908 in Berlin vereinbarte Vertrags-Schema und die Frage der Lohn-Erhöhung. In allen anderen Fragen spielen die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bezirke, ja der einzelnen Lohngebiete, wenigstens zurzeit noch, eine derartig ausschlaggebende Rolle, daß eine Regelung durch Schiedsgericht von einer Stelle aus nicht möglich ist. Da indessen auch hier von weiteren Verhandlungen kein Erfolg zu erwarten steht, bleibt nur übrig, für diese Bezirke oder Gebiete besondere Schiedsgerichte unter unparteiischen Vorsitzenden einzusetzen, die alle außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai 1908 endgültig zu entscheiden haben.

Für die Regelung der Lohnfrage, die bei allen Tarif-Abhängigkeiten ein doppeltes Gesicht hat, es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders schwierig, einen Standpunkt zu gewinnen, der den einander widersprechenden Interessen beider Parteien gerecht wird. Die Unparteiischen sind sich darüber völlig klar, daß infolge der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur die Lautstärke eine erhebliche Einschränkung erfahren hat, und daß diese Einschränkung, obgleich für einzelne Gebiete Angelegen einer Verringerung vorzuliegen scheinen, wohl noch für die nächste Zeit andauern wird. Verschärfte wird diese ungünstige Lage des Baugewerbes durch die seit länger als Jahresfrist herrschende allgemeine Geldknappheit, in deren Folge Bauarbeiter nur zu sehr lästigen Bedingungen oder überhaupt nicht zu erhalten sind, worin für absehbare Zeit eine wesentliche Verbesserung nicht mit Sicherheit zu erwarten ist. Demgegenüber ist aber als eigenartige Begleiterscheinung der gegenwärtigen Lage nicht zu verkennen, daß die seit 3 bis 4 Jahren stark gestiegenen Preise für den gesamten Lebensunterhalt trotz der rückgängigen Konjunktur keine irgendwie erhebliche Ermäßigung erfahren haben, so daß die Staaten, Städte und Privatunternehmungen im letzten Jahre trotz der ungünstigen Wirtschaftslage sich zu Befoldungserhöhungen, Feuerungszulagen und ähnlichem haben herbeilassen müssen. Es ist sonach nicht zu bezweifeln, daß die Kaufkraft der Löhne gegen die Zeit vor 1906 nicht unmerklich gesunken ist.

Nach reiflicher Ueberlegung dieser eigenartigen und nach vielen Seiten hin sehr schwierigen Sachlage haben die Unparteiischen dahin entschieden, daß erstens in keinem Lohngebiete irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen durch die neuen Vertragsabschlüsse eintreten darf; zweitens sind in den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohn-Erhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, diese Lohn-Erhöhungen aufrecht zu erhalten; drittens sind in den Lohngebieten, wo von den zuständigen Arbeiterorganisationen anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohn-Erhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, diese Lohn-Erhöhungen (Einschlüsse, Lohnzuschläge und ähnliches) ohne Einschränkungen durchzuführen. Es ist dabei gleichgültig, ob die Arbeiter die ihnen gebotenen Lohn-Erhöhungen angenommen oder als unzureichend abgelehnt haben. Die Unparteiischen sind vielmehr der Auffassung, daß das einmal gemachte Angebot den Grad des für dieses Gebiet möglichen höchsten Lohnes darstellt und daß dieser mögliche Lohn gezahlt werden soll. Aus diesem Grunde soll bei dem einander abweichenden Angeboten das höhere Angebot maßgebend sein.

Werkens haben die Unparteiischen für alle anderen Gebiete mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des deutschen Baugewerbes von jeder Lohn-Erhöhung für das laufende Jahr absehen zu sollen geurteilt. In Würdigung der eingetretenen Preissteigerung sind sie dagegen zu der Ueberzeugung gelangt, daß in allen Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 der Lohn nicht erhöht worden ist, seine Kaufkraft infolge der Preissteigerung so herabgedrückt ist, daß er zwar ziffernmäßig, aber nicht mehr tatsächlich derselbe bedeutet, wie zu jener Zeit. Sie halten daher eine Lohn-Erhöhung von 1 Pfennig für die Vertragszeit vom 1. April 1909 ab für das mindeste dessen, was nötig ist um dem Lohnempfänger wenigstens im allgemeinen wieder die gleiche Kaufkraft zu geben, die er vormals hatte.

Die Unparteiischen sind ferner im Zweifel gewesen, ob sie die im Verhältnis zu anderen Städten auffallend niedrigen Löhne für die als besonders teuer bekannten Städte Frankfurt a. M., Wiesbaden und Mannheim um 2 Pfennig mit dem 1. April 1909 erhöhen sollten. Sie haben jedoch, um die Ein-

flussigkeit des Schiedsgerichtes zu bewahren und um seine Annahme hinsichtlich der hier bei den Verhandlungen hervorge-tretenen schwierigen Verhältnisse nicht in besonders hohem Maße zu gefährden, beschlossen, von einer ausdrücklichen Vorbehalt dieser Erhöhung abzusehen und sich darauf zu beschränken, die dem zuständigen Arbeitgeberverbande nachdrücklich zur freiwilligen Durchföhrung zu empfehlen.

Die Unparteiischen sind ferner einhelligen Ueberzeugung, daß sie durch diesen Schiedsgerichtspruch der einseitigen, schwierigen Lage möglichst vorzuziehen und nach beiden Richtungen gerecht abzuwägen Bestreben getragen hat, und daß er der zurzeit einzige für beide Parteien annehmbare Mittelpunkt darstellt. Sie verkennen dabei freilich nicht, daß beide Parteien sehr erhebliche Schwierigkeiten haben werden diesem Schiedsgerichtspruch überall bei ihren Parteimitgliedern zur Annahme zu verhelfen. Sie richten aber die herzlichste Bitte an die Führer und Beauftragten beider Parteien mit allen Mitteln überall für seine Annahme einzutreten. Denn nur auf diesem Wege kann der Friede im deutschen Baugewerbe erkauft werden, daß die zurzeit ungünstige allgemeine wirtschaftliche Lage im deutschen Vaterland durch einen großen, über das ganze Reich verbreiteten, in seinen Folgen unübersehbareren Kampf noch mehr erschüttert und außerordentlich verschärft wird. Die Unparteiischen geben sich endlich der Erwägung hin, daß wenn jetzt auf diesem Wege ein Vertrag für große Gebiete des Reiches zustande kommt, damit eine gewisse Grundlage geschaffen ist auf der im Jahre 1910, bei hoffentlich günstigeren Verhältnissen ein weiterer abetlicher Ausbau nach dem Ziele hin erfolgen kann durch einen Reichs-vertrag im deutschen Baugewerbe geordnete Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Die Arbeiterorganisationen müssen in gesonderten Konferenzen mit ihren Organisationsleitungen Verhandlungen pflegen. Dies soll am nächsten Sonntag geschehen. Dem Arbeiterverbände wird dann am Montag das Resultat der Abstimmung der Arbeitgeberorganisationen zu-gestellt werden.

Berlin, 29. April. (S. T. B.) Die außerordentliche Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat nach längerer Debatte dem Schiedsgerichtspruch der drei Unparteiischen zugestimmt. Der Fällung des Schiedsgerichtspruchs war in 57 deutschen Plätzen bereits eine Einigung erzielt worden.

Arbeiterbewegung.

Internationaler Bergarbeiter-Kongress. Der diesjährige Kongress findet in der Pfingstwoche in Paris statt.

Der Schuhmachertarif in Magdeburg ist noch nicht beendet, obwohl die Streikenden schon gute Erfolge zu verzeichnen haben. Nachdem die Annahmen jealiche Unterhandlungen abgelehnt hatte, fand sich ein: Anzahl Arbeiter zu Unterhandlungen mit der Streikleitung bereit. Das Ergebnis war die Annahme eines Tarifes, der eine zehnprozentige Lohn-Erhöhung vorsieht. Diesen Tarif bewilligten 84 Meister. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 160 Gesellen. Im Streik befinden sich noch 64 Mann.

Der Streik der Zimmerer in Aken ist nach einer Dauer von drei Wochen beendet worden. Die Unternehmer bewilligten die Forderungen der Streikenden, vom 1. Mai ab einen Stundenlohn von 40 Pf. zu zahlen. Sämtliche Zimmerer arbeiten zu den neuen Bedingungen.

Ein Streik in der Kattinindustrie. Auf der Vottschafabrik der Gewerkschaft „Neu-Tafelberg“ zu Stahlfurt ist die Arbeiter-chaft in den Streik getreten. Vermittlungsversuche verliefen ergebnislos.

Der Kampf in der Pforzheimer Stahlinindustrie dauert unverändert fort.

Die Arbeiterbewegung der Schneider in Mülheim a. d. R. ist beendet. Vor dem Einigungsamt wurde ein Tarifvertrag bis 1910 abgeschlossen.

Wegen Lohnstreitigkeiten bei der Baumwollspinnerei und Weberei Poggendorf in Bielefeld haben 160 Weber und Webereuten die Kündigungs eingereicht; ein Ausstand wird sich kaum vermeiden lassen.

Aus aller Welt.

Ostergeschenke. Von einem durchtriebenen Schwindler be-rüchtigen Berliner Blätter: In vielen Zeitungen erschien vor Ostern folgende Anzeige: Ostergeschenke. Indem Sie mir auf eine Schreibweise-Voranweisung 3 Mk. 5 Pf. zuschicken, erhalten Sie von mir ein feines Silber-Münsterbrot, Hauptgewinn 100.000 Mk., zusammen mit einem Kisten 25 Stück hochfeiner Zigarren. Carl Bauer, Postfach 116, Berlin, Invaliden-straße 116. — Das Haus, wozu die Sendungen gelangt werden sollten, ist das Norddeutsche Haus, ein Gasthof, in dem am 24. März ein Süddeutscher, der sich Bauer nannte, Wohnung genommen hatte. Er erklärte dem Wirt, daß sein Vater in Augsburg eine große Zigarrenfabrik besitze. Er wolle in Berlin eine Postkassette und ein Zigarrengeschäft aufmachen und stehe mit einem Handwerker wegen der Geschäftsräume in Unterhandlung. In der Provinz habe er schon in großem Umfang infiziert. Weil sich jedoch der Miet-abschluss in die Länge ziehe, so müsse er einstweilen alle Sendungen nach dem Hotel kommen lassen. Nun kam eine Postanweisung nach der anderen. Herr Bauer fassierte fleißig ein, sandte aber nichts ab. Die Leute warteten, bis die Fristen vorbei waren, dann bagelte es Anstalten und Mahnrufe. Bauer war aber schon am 10. April auf Zimmerwiedersehen vertrieben, kam aber nach einigen Tagen wieder, fassierte mehrere Hundert Mark ein und verschwand aufs neue. Nach seiner Abreise liefen noch ungezählte Postanweisungen ein.

Ein Massenmörder. Wegen Ermordung seiner Frau ist, wie schon berichtet, der vierundföhrzig Jahre alte Rordmacher Friedrich Koch aus Großromstedt bei Klobitz verhaftet worden. Koch ist dringend verdächtig, noch andere Frauen ermordet zu haben. Den Mord an seiner früheren Haushälterin Zeile hat Koch bereits ge-rätet; er hatte den Leichnam ebenso wie den seiner Frau e-rstreckelt, verbrannt und vergraben. Im Oktober 1905 verschwand ferner die Haushälterin Schmidt aus Rucksdorf am Rennsteig. Mitte 1907 verschwand eine Haushälterin Fuß, deren Spuren gleichfalls in die Gegend von Wobda föhren. — Die Nachforschungen des ersten Staatsanwalts aus Weimar haben jetzt weiteres Material gegen Koch zutage gefördert. In dem Dorf heroborn, wurden angefohene Koch er-funden und bei weiteren Nachgrabungen in dem Garten wurde die vollständige Leiche einer Frau entdeckt. Wahr-scheinlich fallen dem Gattenmörder noch zwei weitere Frauenmord-ur Last.

Parteiengenossen!

Vergesst den Wahlfonds nicht!

1908

Mai-Feier!

1908

Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftler!

Nach den Beschlüssen der internationalen Arbeiter-Kongresse und der deutschen Parteitage protestieren wir am 1. Mai für den Achtstundentag und den Weltfrieden. In diesem Jahre ist die Maifeier zugleich eine

Wahlrechts - Demonstration

die den herrschenden Gewalten immer wieder deutlich vor Augen zu führen hat, daß das arbeitende Volk sich nicht länger mehr ausbeuten und knechten lassen will.

In Breslau finden am 1. Mai folgende Kundgebungen statt:

Für diejenigen, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen,

vormittags 9 Uhr:

Volks-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17. — Nach dieser Versammlung:

Ausflug nach Oswitz

in das Lokal von Gottwald.

Abends 8 Uhr: 9 Massen-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.

Wilhelmsburg, Mendorsstraße 54.

Drei-Kaisersaal, Gräbschenerstr. 74.

Kronprinz, Kurze Gasse 50/52.

Bergkeller, Kletschkaustraße 33.

Casperke, Matthiasstraße 38.

Skala, Nikolaistraße 27.

Sperling (früher Weiße), Pöpelwitzstr. 23.

Neugebauer, Herdainsstraße 100.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:

Die Maiforderungen des Volkes im Wahlrechtskampf.

Referenten werden in den Versammlungen bekannt gegeben.

Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftler! Dem Kampfe um ein freies Landtagswahlrecht ist diesmal die Maifeier im besonderen gewidmet; sorgen wir dafür, daß sie sich zu einer gewaltigen Demonstration gestaltet. Den Massen-Versammlungen soll und darf kein gewerkschaftlich oder politisch organisierter Arbeiter fernbleiben. Ob Alt oder Jung, Männer oder Frauen alles,
Auf in die Mai-Versammlungen!